Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode.

Bezugspreis halbmonatlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 0,90 Mark. Erscheint wöchentlich sechsmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten u. Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48, Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, G. m. b. H. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft Artur Molkenbuhr, für den übrigen Teil: Richard Matthaus, für Reklame u. Inserate Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gewähr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313). Postscheckkonto Magdeburg 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald), Wernigerode, Burgstraße 9.

Nr. 155. Mittwoch, 6. Juli 1927. 2. Jahrgang.

Das Volk soll bluten.

Die neuen Zollvorlagen der Bürgerblock-Regierung vor dem Reichstage.

Die Deutschnationalen wollen sich nicht umsonst blamiert haben. Für ihre Zustimmung zu den Dawes-Verträgen, zu Locarno, zur Verständigungspolitik, zur Vernichtung der Ostfestungen, für die dauernde Selbstverlängerung aller nationalen Belange wollen sie für ihre maßgebenden Führer, den Stand der großen Landwirte, auch etwas herausholen. Etwas, was so gut ist wie bares Geld: Zölle auf die Ernährung des Volkes. Um den Betrag dieser Zölle können sie dann die Preise der erzeugten Lebensmittel erhöhen. Jede Mark, welche der Arbeiter, der kleine Beamte, der Kriegsbeschädigte u. Erwerbslose für Kartoffeln, sein Pfund Fleisch, sein Mehl durch die Zölle mehr bezahlen muß, kommt den Großlandwirten wieder zugute. Viele Wenige machen ein Viel. Und die Hausfrau merkt noch nicht einmal, daß sie mit jeder Kartoffel und mit jedem Happen Fleisch, den Rittern Ostelbiens und der Altmark ihren Tribut zahlt.

Die Bürgerblock-Regierung ist vor allen Dingen der Meinung, daß

die Kartoffeln zu billig

sind und daß es im nationalen Interesse der Arbeiter liege, diesem Mangel abzuhelfen und die Kartoffeln zu versteuern. Der Landwirtschaftsminister des Bürgerblocks, Herr Schiele, hat diese Ansicht ernsthaft ausgesprochen. Die Zölle seien viel zu niedrig.

Dabei hat der Reichsfinanzminister Köhler zu Beginn der gestrigen Reichstagssitzung zum Ausdruck gebracht, daß ihm das Anwachsen der Einnahmen aus den Zöllen Sorge bereite. Sind sie doch von 590 Millionen im Jahre 1925 auf 940 Millionen im Jahre 1926 gestiegen. Nicht nur aus fiskalischen Gründen sei diese Steigerung bedenklich, sie belaste auch die breite Masse der Bevölkerung, die daneben noch an den indirekten Abgaben zu leiden hätte.

Und doch brachte es zwei Minuten später der Reichsernährungsminister fertig, über den Mangel an Zöllen zu klagen. „Mannigfaltigkeit der Meinungen", nennt es Martin Schiele, der Beauftragte des Reichslandbundes.

*

Schieles sonderbare Begründung.

Reichsernährungsminister Schiele

erklärt, daß jetzt ein Versäumnis an der Landwirtschaft gutzumachen sei und zwar gerade im Einverständnis mit den Beschlüssen der Wirtschaftskonferenz (Lachen links). Zwischen den Zöllen auf landwirtschaftliche und auch industrielle Erzeugnisse müsse eine Parität hergestellt werden und diesem Zwecke diene die Vorlage. Die Verminderung der Kaufkraft der Industrie- und der Arbeitslosigkeit in Europa sei die Disparität zwischen landwirtschaftlicher und industrieller Produktion zu erblicken. Der Landwirtschaft müsse eine angemessene Lebenshaltung gesichert werden; das sei bisher nicht geschehen. Der Abbau der Zollmauern zwischen den Völkern sei eine Angelegenheit des Welthandels, der Zollschutz für die Landwirtschaft aber sei eine innere Angelegenheit der einzelnen Länder. Die deutsche Landwirtschaft wolle nicht im Gegensatz zur deutschen Industrie geraten, wo er bestehe, wolle sie auf dessen Beseitigung hinarbeiten. Die eigentliche Krankheit Europas liege in der Industrialisierung der anderen Länder und dem Rückgang der industriellen Ausfuhr Europas. Besonders Amerika brauche die europäischen Industrieerzeugnisse nicht mehr so wie vor dem Kriege. Um den kleiner gewordenen Weltmarkt müsse ein erbitterter Kampf geführt werden, daher müsse jedes Land, vor allem Deutschland, den inneren Markt mehr als bisher stärken.

Wir brauchen Schutzzölle

auf solche Waren, die im Auslande mit geringeren Kosten als bisher hergestellt werden können. Deutschland sei auf das stärkste daran interessiert, daß die gegen sie gerichteten Zollmauern abgebaut werden, aber bei der starken Belastung, die auf der deutschen Wirtschaft liege, sei es unmöglich, daß Deutschland mit dem Zollabbau vorangehe. Auch vom Standpunkt des Verbrauchers bedeute ein gleichmäßiger Zollschutz keine Belastung, im Gegenteil, er

zur Verbilligung der Produktion bei.

(Lachen links). Die jetzige Einfuhr von Lebensmitteln, im Jahre 1926 drei Milliarden, bedeute eine unerträgliche Belastung der deutschen Wirtschaft (Abg. Hilferding: Curtius ist anderer Meinung!). Selbst wenn der Minister Curtius anderer Meinung darüber sein sollte, so bedeutet das doch nichts, wir wollen in der Regierung keine Uniformität, sondern eine

Mannigfaltigkeit der Meinungen.

(Stürmische Heiterkeit links). Die Zölle hätten die Eigenschaft, daß das Ausland sie mittragen müsse. Das treffe wesentlich bei den Fleischzöllen zu, aber ebenso beim Zuckerzoll. Auch der Kartoffelzoll werde zum größten Teil

nicht vom deutschen Verbraucher getragen.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Unerhört!). Die Zolleinnahmen seien umso geringer, je besser die Ernte ausfalle. Es sollen jetzt vor allem die Erzeugnisse besser geschützt werden, die aus der bäuerlichen Wirtschaft hervorgehen. Damit werde der Zoll zu einem wirksamen Bauern- und Landarbeiterschutz, der auch zu einer Verbilligung der Produkte führen werde. (Widerspruch links).

Von einer Bedrohung der Ernährung könne keine Rede sein.

(Mehrere kommunistische Abgeordnete werden zur Ordnung gerufen, weil sie dem Minister Schimpfworte zurufen). Es werde möglich sein, die landwirtschaftliche Bevölkerung auf dem Lande festzuhalten und ihr Abströmen nach den Städten zu unterbinden. Die Hebung der landwirtschaftlichen Produktivkraft durch Zollschutz sei nicht allein eine Frage der Sicherung der Preise, sondern auch eine sozialpolitische und bevölkerungspolitische Frage.

Abg. Hilferding (Soz.)

stellt fest, daß die Ausführungen des Ministers Schiele im schärfsten Widerspruch zu den Beschlüssen der Reichswirtschaftskonferenz in Genf und zu der Rede des Reichswirtschaftsministers Curtius in Hamburg gestanden haben. Auch der Reichsrat hat gegen die Zollpläne der Regierung Stellung genommen und Sie können doch nicht behaupten, daß diese Körperschaft in landwirtschaftlichen Dingen nicht mitreden könne. Vor dem Kriege hat nicht einmal der damalige Obrigkeitsstaat die Zumutung an das Volk gestellt,

die Kartoffeln durch Zölle zu verteuern,

denn dieser Zoll ist ganz sinnlos. Bei einer guten Kartoffelernte nützt der Kartoffelzoll überhaupt nichts. Umso mehr wirkt er aber bei einer schlechten Ernte, also gerade dann, wenn die Preise ohnehin in die Höhe gehen. Im vorigen Jahr hatten wir eine schlechte Kartoffelernte, infolgedessen stieg der Preis für Kartoffeln im Großhandel auf 5.45 Mark der Zentner, gegenüber 2.40 Mark im Jahre 1913, also um 126 Prozent. Während im letzten Vorkriegsjahr 1913 im Einzelhandel das Pfund Kartoffeln 3 Pfg. kostete, kostet es jetzt 8½ Pfennig, er ist also um 180 Prozent gestiegen.

Und gerade in dieser Zeit der höchsten Kartoffelnot bringt die Regierung ihre Vorlage auf Erhöhung des Kartoffelzolls ein.

(Hört! Hört! links.) Nun sagt die Regierung, daß dieser Satz erst am 1. Dezember in Kraft treten soll. Warum wird wohl dieser Zeitpunkt ausgewählt?

Weil er für den Zollkrieg mit Polen aufrecht erhalten bleiben soll.

Jetzt werden nicht nur Steuern, sondern auch Zölle thesauriert. Die Deutschnationalen wollen sich Zölle auf Vorrat auch auf die Zeit bewilligen lassen, wo sie vielleicht nicht mehr in der Regierung sitzen. Die Deutschnationalen sind ja mit ihren Preisen herabgegangen. Für die Aufgabe der deutschnationalen Prinzipien bei der Verabschiedung der Dawesgesetze im Jahre 1925 mußte man noch sehr viel zahlen, allgemein: Zollerhöhungen, grundsätzliche Änderung der gesamten Handelspolitik. Heute sind die Deutschnationalen schon sehr viel billiger geworden.

sie verlangen nur Kartoffel- und Fleischzölle.

Das ist aber der einzige Preisabbau, den man bisher in Deutschland erlebt hat. Wir jedoch möchten für den deutschnationalen Konvaleur überhaupt nicht zahlen. (Heiterkeit und Zustimmung links.) Jetzt hat der Reichsrat dieser Vorlage abgelehnt. Nach dieser Ablehnung ist die Einbringung der Vorlage einer der größten Blamagen, die selbst diese Regierung erlebt hat. Eine schöne Mannigfaltigkeit der Meinungen, die Herr Schiele an dieser Regierung gerühmt hat!

Es ist richtig, daß die Lage der

Zuckerindustrie

nach der Währungsstabilisierung schwierig war. Aber seitdem hat sie sich wesentlich gebessert. Während Rohrzucker im Jahre 1913 mit 9.25 Mark notiert wurde, stand er am 20. Juni auf 15.60. Das bedeutet eine Erhöhung des Preises für Rohrzucker um 70 Prozent. Rübenzucker kostete 1913 22½ Pfg. das Pfund, am 20. Juni dagegen 40 Pfennig. Hier sehen wir also eine Steigerung um 80 Prozent. Seit vorigem Jahre haben wir unausgesetzt steigende Zuckerpreise, der Zuckerzoll wirkt sich restlos im Zuckerpreis aus. Das Kartell sorgt dafür, daß jeder überflüssige Zucker ins Ausland gebracht wird, und dadurch wirkt sich der Zoll fast restlos im Preise aus. Jede Erhöhung des Zuckerzolls wirkt also heute als Rente für das Zuckerkartell. (Sehr richtig! bei den Soz.) Nun sagen die Zuckerfabriken, daß ihre Generalunkosten sehr hoch seien, weil sie weniger verarbeiten als vor dem Kriege. Es würde also doch richtig sein, eine Steigerung des inländischen Verbrauchs zu erzielen durch die Senkung der Zuckerpreise. Und dieser inländische Verbrauch ist noch einer außerordentlichen Steigerung fähig. Wir stehen im Zuckerverbrauch an drittletzter Stelle, nur Italien und Rußland verbrauchen noch weniger Zucker als wir. (Hört! Hört! links.) England und Amerika verbrauchen mehr als doppelt soviel als wir, Schweden und die Schweiz das anderthalbfache. Aber die in der Vorlage enthaltene Zuckersteuerermäßigung soll

abhängig gemacht werden von einer Zuckerzollerhöhung.

Das heißt doch, ein Pferd hinten, eins vorn an den Karren anspannen! Diese geringfügige Ermäßigung der Zuckersteuer ist doch schon längst kompensiert durch die in der letzten Zeit eingetretene Erhöhung der Branntweinabgabe und anderer indirekter Steuern, die allein in den Monaten Mai und Juni d. Js. einen Mehrertrag von 64 Millionen erbracht haben. (Hört! Hört! links.)

Auch die Zollerträgnisse sind so, wie der Reichsfinanzminister heute selbst erklärt hat, wesentlich gesteigert worden. Angesichts dieser Massenbelastung ist es eine Frivolität, daß man kürzlich auch noch den Mehlzoll erhöht hat, in dem man das französische Zollprovisorium ablaufen ließ.

Wir haben jetzt den höchsten Brotpreis, den wir je erlebt haben.

Es ist ungeheuerlich, in einem solchen Moment noch die Mehlzollerhöhung Platz greifen zu lassen. Auch die

Erhöhung des Schweinefleischzolles

ist untragbar. Die Preise für Schweinefleisch sind zurzeit zum Teil nicht sehr hoch. Aber wir hatten auch schon vor dem Kriege die Erscheinung, daß mit dem Anwachsen des Schweinebestandes der Absatz nicht gleichen Stand hielt und die Preise fielen. Mit dem Zoll hat das aber nichts zu tun. Wenn der Bestand an Schweinen zurückgeht, dann werden auch wieder die Preise steigen, die Zölle auf Schweinefleisch werden dann die damit verbundene Teuerung noch außerordentlich verstärken. Hilfe ist für den bäuerlichen Schweinezüchter notwendig, aber sie wird nicht erzielt durch Erhöhung der Zölle. Wenn Sie (nach rechts) die bäuerlichen Kleinbetriebe unterstützen wollen, müssen Sie ihnen die Aufzucht und Mast

durch Verbilligung der Futtermittel erleichtern.

Wenn der Gerstenzoll beseitigt ist, dann ist erst ein dauernder Vorteil für den Schweinezüchter gegeben. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Es ist ganz klar, daß es sich hier darum handelt, den Großagrariern Konzessionen zu machen. Durch Zollerhöhungen werden die Preise für landwirtschaftliche Grundstücke weiter hochgetrieben und damit erschweren Sie (nach rechts) die Siedlung. Wie ernst es der preußischen Regierung mit dieser Siedlung ist, beweist ja erst jetzt wieder die Ernennung unseres Parteigenossen Krüger zum Staatssekretär im Preußischen Landwirtschaftsministerium. (Beifall bei den Soz.). Es handelt sich bei den Zöllen gar nicht um die Siedlung, sondern

um die Verteuerung des Grund und Bodens.

Darum muß es umso schwerer sein, dieser Vorlage zuzustimmen.

Es handelt sich aber hier auch nicht allein um die innenpolitischen, sondern ebenso sehr um die

außenpolitische Wirkung der Zollerhöhungen.

Der frühere englische Handelsminister Runziman hat auf der Weltwirtschaftskonferenz gesagt, wenn die einzelnen Staaten ihre Zölle erhöhen würden, so würden sie dafür

die Verurteilung der Welt

in Kauf nehmen. Damit ist die Antwort auf die heutige Rede des Herrn Schiele schon vorweg gegeben worden. Herrn Schieles Haltung ist ja überhaupt sehr merkwürdig. Stresemann hat genau das Gegenteil von dem, was Herr Schiele sagte, als Politik Deutschlands verkündet, Herr Curtius hat ausdrücklich nochmals proklamiert, daß der Augenblick gekommen sei, wo sich die Staaten über die Zollpolitik vereinigen müßten. Vor zwei Jahren wurde uns gesagt, daß die Zollvorlage nur von kurzer Dauer sein solle. Diese zwei Jahre sind vorbei, aber die angekündigte endgültige Zollvorlage ist noch immer nicht gekommen. Inzwischen wurden aber noch keine Verhandlungen mit Frankreich zustande gebracht, mit Polen befinden wir uns im Zollkrieg, mit Canada ist auch noch kein Vertrag, der die Vorbedingung für eine Verständigung mit Australien und Afrika ist, zustandegekommen. Statt dessen kommt diese Zollvorlage, die für das Inland unerträglich ist, im Auslande aber die deutsche Regierung und das deutsche Wort diskreditieren muß.

Wir können diese Vorlage nicht annehmen.

Selbst vom Standpunkt der Agrarier und Schutzzölle hätte man mit ihr noch warten können. Wir werden die entsprechenden Anträge im Ausschuß stellen und sie mit umso größerer Selbstsicherheit vertreten können, weil dieser Reichstag gar nicht das Mandat hat, über Zollvorlagen zu beschließen.

Fragen Sie doch die Wähler darüber, aber dazu fehlt Ihnen der Mut!

Wenn die Herren von der äußersten Linken Obstruktion treiben wollen, so sollten sie doch bedenken, daß, wenn kein Beschluß zustande kommt, der noch höhere autonome Zolltarif in Kraft tritt.

Dieser Reichstag ist veraltet.

Wenn Sie uns nicht glauben, dann fragen Sie die Wähler und deren Antwort würde für Sie (nach rechts) vernichtend, aber ein glänzendes Vertrauensvotum für die Sozialdemokratie sein. (Lebhafter Beifall bei den Soz.).

*

Kommunistisches Gegeneinanderreden.

Abg. Hoernle (Komm.) bezeichnet die Rede des Ministers Schiele als ein Gemisch von Unwissenheit in volkswirtschaftlichen Dingen und Verdrehung der Tatsachen. Seine Behauptung, die Zölle würden zur Verbilligung der Preise führen, sei ganz unsinnig und widerspreche auch der Begründung, die Herr Schiele seinen Zollforderungen in Landbundversammlungen gibt. Es sei eine unerhörte Irreführung der öffentlichen Meinung, wenn der Minister behaupte, die Zollerhöhungen würden den Kleinbauern oder gar den Landarbeitern eine Vorteil bringen. Der Kampf der Sozialdemokraten gegen die Zollerhöhungen sei nicht ernst zu nehmen. Dr. Hilferding hab-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270706-18/fragment/page=0001

um die Gunst des Zentrums und der Deutschen Volkspartei gebuhlt, weil er die große Koalition im Reiche wiederherstellen wolle.

Abg. Urbahns (linker Komm.) sagt dem Abg. Hoernle, daß seine radikalen Aeußerungen nicht darüber wegtäuschen könnten, daß er eine ganze Reihe von Heilungsmethoden vorgeschlagen hat. Die Bürgerblockregierung, geboren auf dem Miste der Demokratie, sei berufen, die sofistischen Methoden der Bürgerklasse gegen die Arbeiterschaft durchzuführen. Für den Kampf des Proletariats gegen den Bürgerblock müßten die Betriebsräte mobil gemacht und die Kommunistische Partei müßte von den Opportunisten gesäubert werden.

Demokraten gegen die Zölle.

Abg. Meyer-Berlin (Dem.) übt scharfe Kritik an der Verschleppung der Zollvorlage, deren Ursache der Gegensatz der handelspolitischen Tendenzen innerhalb der Regierungskoalition sei. Die Gefahren der Höchschutzzollpolitik seien für Deutschland besonders groß. Die Vorlage der Regierung diene weder unseren wirtschaftlichen Bedürfnissen noch unserem internationalen Prestige. In der Begründung der Zollerhöhungen fehle jedes Wort für die Verbraucher. Auch der Minister für Ernährung sei im Laufe der Zeit ein Minister für Verteuerung der Ernährung geworden. Notwendig sei vor allem die Verbilligung der Produktionsmittel des Bauern. Dem drohenden Rückgang der Schweinezucht müsse in erster Linie durch Aufhebung der Futtermittelzölle entgegengetreten werden. Die demokratische Fraktion werde aber trotzdem auch der Erhöhung des Schweinefleischzolles zustimmen. Die Erhöhung der Kartoffelzölle komme nicht den Bauern, sondern dem Großgrundbesitz zu Gute. Auch für die Erhöhung des Zuckerzolls bestehe keinerlei Bedürfnis. Die demokratische Fraktion stelle sich deshalb auf den Boden der Reichsratsbeschlüsse, die auch die Rechtsparteien beachten sollten.

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Henning (Völk. und Feder (Nationalsoz.) werden die Vorlagen dem Handelspolitischen Ausschuß überwiesen.

Die Regierungsparteien hatten zu den Zollvorlagen nichts zu bemerken. Sie hüllten sich in Schweigen.

*

Kampf um die Parität.

Der Kuhhandel zwischen Industrie und Landwirtschaft.

Uns wird geschrieben: Der Streit, der sich insbesondere zwischen dem Reichslandwirtschaftsminister Schiele und dem Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius um die Aenderung wichtiger Zollpositionen abspielt, ist gewissermaßen ein Streit um die Parität. Der Reichsernährungsminister machte sich nach seinem Eintritt in das Besitzblockkabinett zum Fürsprecher der extremen Zollforderungen des Reichslandbundes. Diesen Forderungen glaubte ein großer Teil der Industrie nicht entsprechen zu können und so mußte dann Herr Schiele wesentliche Forderungen fallen lassen, u. a. den beabsichtigten Zoll auf den Gefrierfleischimport und den Weizenzoll, den er um 0,50 Mark auf 5,50 Mark erhöhen wollte.

Als Gegengabe verlangt Schiele, um die Parität zu wahren, einen Abbau der industriellen Zölle, besonders der Zölle auf landwirtschaftliche Maschinen (amerikanische Traktoren usw.). Das Reichswirtschaftsministerium soll auch die Erfüllung dieser Forderungen im gewissen Umfange zugestanden haben. Damit war der Ausgleich geschaffen, die Parität gewahrt.

Aber der Friede hat nur solange gedauert, bis der Reichsrat sich u. a. gegen den Kartoffelzoll erklärt hat. Im Lager des Reichslandbundes glaubt man auch nicht an eine reibungslose Erledigung der vorgeschlagenen Zollerhöhungen im Reichstag und ist auf alle möglichen Ueberraschungen gefaßt. Deshalb verlangt Schiele von Curtius die Wiederherstellung der Parität, d. h. die Ermäßigung einer Reihe von Zöllen auf Einfuhrartikel, die in erster Linie der Landwirtschaft zugutekommt.

Inwieweit dieser Kampf, der in den letzten Tagen zwischen dem Reichsernährungsministerium und dem Reichswirtschaftsministerium unter der Oberfläche geführt worden ist, hängt von dem Schicksal der Zollvorlage im Reichstag ab. Immerhin ist dieser Kampf, wenn er ausbricht, geeignet, der Oeffentlichkeit Einblick in recht interessante Einzelheiten dieses Kuhhandels, den man mit dem schönen Wort „Kampf um die Parität" bezeichnet, zu gewähren.

Die Zentrumspolitik.

Einstimmige Billigung.

Ueber die Sitzung des Zentrumsausschusses wurde folgender Bericht ausgegeben: „Am Sonntag, den 3. Juli, hat unter dem Vorsitze des Reichskanzlers Dr. Marx eine Sitzung des Reichsparteiausschusses der Deutschen Zentrumspartei im Reichstage stattgefunden. Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

„Der Reichsparteiausschuß der Deutschen Zentrumspartei billigt die Politik der Zentrumsfraktion des Deutschen Reichstages und spricht ihr sein Vertrauen aus. Auf Grund der bisherigen Haltung der Reichstagsfraktion ist der Reichsparteiausschuß überzeugt, daß die Fraktion auch in Zukunft eine selbständige nach allen Seiten unabhängige Politik im Dienste des Volksganzen führen wird".

Die Annahme der Entschließung erfolgte einstimmig und unter starkem Beifall der Versammlung. Auch Dr. Wirth hat dafür gestimmt.

Achtstundentag in der Schwerindustrie.

Einstimmiger Beschluß im Reichswirtschaftsrat.

Der Arbeitsausschuß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats, der sich mit dem § 7 der Arbeitszeitverordnung befaßt, hat einstimmig beschlossen, den Reichsarbeitsminister zu ersuchen, weitere Gruppen von Arbeitnehmern den Beschränkungen des § 7 der Arbeitszeitordnung zu unterwerfen. Es handelt sich um Arbeitnehmer der Grosseisenindustrie, und zwar um die Arbeitnehmer in Martin-, Thomas- und Ziegelsthalwerken, die in den Puddelwerken beschäftigten Arbeitnehmer, die in Hammer- und Preßwerken mit Erhitzung, Transport, Schmieden usw. beschäftigten Arbeitnehmer, die in Walzwerken mit der Unterhaltung der Oefen usw. beschäftigten Arbeitnehmer, die Generatorenarbeiter dieser Betriebe und die Handwerker und Hilfsarbeiter, die mit Instandsetzungsarbeiten an Oefen usw. beschäftigt sind. Die Bestimmungen sollen am 1. Januar 1928 in Kraft treten. Wenn infolge besonderer Umstände das Inkrafttreten zu diesem Zeitpunkt in einzelnen Fällen ohne schwere Gefährdung des Betriebes nicht möglich ist, soll der Reichsarbeitsminister nach Anhörung der obersten Landesbehörden den Zeitpunkt befristet hinausschieben können.

Dieser Beschluß, der nun endlich in der Schwerindustrie das Dreischichtsystem wieder herstellen soll, ist umso erfreulicher, weil er einstimmig gefaßt wurde. Unberechtigt erscheint uns nur die lange Fristsetzung.

Der Sparerbetrug besiegelt.

Von Wilhelm Keil.

Wenn es keine Sozialdemokratie im Deutschen Reichstag gäbe, dann würden die Aufwertungsgesetze vom Jahre 1925 noch um einige Grade schlechter ausgefallen sein, als es der Fall ist. Auch der von den Deutschnationalen als Lockvogel auf den Wahlvorschlag genommene Vertreter der Deutschen Sparerverbände Dr. Best, den die Deutschnationalen aus der Fraktion hinauswarfen, als er ernst machte mit den von ihnen selbst zuvor als Köder benutzten Wahlversprechungen, hätte nicht die Möglichkeit gehabt, bei den Ausschußverhandlungen seinen Standpunkt zu vertreten. In diesem Jahre wäre es bei der unveränderten Annahme des von der Regierung eingebrachten kleinen Gesetzes geblieben, wenn nicht wiederum die Sozialdemokratie und der durch ihr Entgegenkommen zur Wirkung im Ausschuß zugelassene Abgeordnete Best die ganze Aufwertungsfrage neu aufgerollt und die Regierungsparteien unter Druck genommen hätte. Es ist gewiß herzlich wenig aus diesen neuen Kämpfen herausgekommen. Im großen und ganzen ist der Aufwertungsbetrug, den die Deutschnationalen vor zwei Jahren an den Gläubigern und Sparern verübt haben, besiegelt worden. Das Wenige aber, das über die Regierungsvorlage hinaus erreicht wurde, wäre nicht erreicht worden, ohne den von der Sozialdmokratie monatelang geführten Kampf.

Von den kleinen Verbesserungen, die erzielt wurden, ist in erster Linie zu nennen, die neugeschaffene Möglichkeit, daß sowohl Privatgläubiger als auch Besitzer öffentlicher Anleihen, die die rechtzeitige Anmeldung ihrer Ansprüche versäumt haben, diese

Anmeldung nachträglich noch bewirken können,

wenn sie nachweisen, daß die Anmeldung „ohne ihr Verschulden" unterblieben ist. Die Sozialdemokratie wollte die nachträgliche Anmeldung nur von der Billigkeit abhängig machen, wurde aber überstimmt. Die Anmeldung muß nunmehr, soweit es sich um Hypothekenforderungen handelt,

bis zum 1. Oktober 1927 bewirkt sein.

Soweit es sich um Altbesitzanleihen handelt, werden nachträgliche Anmeldungen noch bis zum 31. August d. J. entgegengenommen.

Eine zweite Verbesserung besteht in der Erhöhung der Einkommensgrenze, von der die Gewährung der

Vorzugsrente an Anleihealtbesitzer

abhängig ist. Auch diese Frage wurde von der Sozialdemokratie aufgeworfen mit einem Antrag, wonach die Einkommensgrenze von 800 bis 1200 Mark erhöht werden sollte. Der Antrag wurde von dem Bürgerblock abgelehnt. Er sah sich aber schließlich zu dem bescheidenen Entgegenkommen gezwungen, die Erhöhung von 800 auf 1000 Mark zu beschließen.

Eine dritte kleine Verbesserung besteht darin, daß bei den Restkauf-Hypotheken, die im Jahre 1921 begründet worden sind, eine höhere Aufwertung, als sie bisher zugelassen war, ermöglicht wird. Aber mit dieser kleinen Verbesserung sind wieder

neue schwere Ungerechtigkeiten

verbunden. Der Sachverhalt ist folgender:

Für die Hypothek, also die dingliche Sicherung der Forderung, kennt das Gesetz keine Ausnahme von der Bestimmung, daß die Aufwertung bis zu 25 Prozent des Goldmarkbetrages zu erfolgen hat. Für eine besondere Hypothekenkart, nämlich für die

Restkaufhypothek,

bestimmt es aber, daß die mit der Hypothek verbundene persönliche Forderung, die also nicht dinglich gesichert ist, höher aufgewertet werden kann. Stammt die Forderung aus der Zeit vom 1. Januar 1909 bis zum 1. Januar 1912, so kann sie bis zu 75 Prozent, stammt sie aus der Zeit vom 1. Januar 1912 bis zum 1. Januar 1922, so kann sie bis zu 100 Prozent aufgewertet werden. Es sind dies ganz willkürlich gewählte Zeitabschnitte. Da nach dem Gesetz die Mark bis zum 1. Januar 1918 als Goldmark gilt, kann der Gläubiger, dessen Forderung vor diesem Zeitpunkte entstanden ist, eine Aufwertung bis zu 75 bzw. 100 Prozent erreichen. Die Entscheidung hängt vom Aufwertungsgericht ab, das die wirtschaftlichen Verhältnisse des Schuldners und des Gläubigers gegen einander abwägen soll. Stammt nun aber die Forderung aus der Inflationszeit, so wird ihr Papiermarkbetrag nach den Meßzahlen des Aufwertungsgesetzes in Goldmark umgerechnet. Die Hypothek wird in diesem Falle bis zu 25 Prozent, die damit verbundene persönliche Forderung bis zu 100 Prozent des errechneten Goldmarkbetrages aufgewertet. Diese 100 Prozent machen aber in den Jahren 1920 und 1921

nur ganz wenige Prozent des Friedenswertes

aus. Der Fall ist sehr wohl denkbar und kommt oft vor, daß jemand im Jahre 1921 ein Grundstück verkauft und die Hälfte des erstöften Preises als Restkaufhypothek hat eintragen lassen. Werden ihm nun 100 Prozent dieser Forderung als Aufwertung gewährt, so können das in Wirklichkeit nur 2,4 oder 5 Prozent von der Hälfte des Wertes sein, den das Grundstück im Frieden hatte. Da diese Beschränkung auf 100 Prozent für Forderungen, die nach dem 1. Januar 1922 entstanden sind, nicht gilt, in diesen Fällen das Aufwertungsgericht vielmehr völlige Freiheit hat, so ergibt sich in der Praxis ein ungeheurer Unterschied bei der Aufwertung der vor und der nach diesem Zeitpunkt entstandenen Forderungen. Diesen Mißstand glauben die Regierungsparteien beseitigt zu haben mit der neu beschlossenen Bestimmung, daß bei Forderungen, die im Jahre 1921 entstanden sind, über 100 Prozent aufgewertet werden darf. Aber es soll für diese Forderungen die neue Obergrenze von 400 Prozent gelten, wenn sie in den ersten neun Monaten, von 600 Prozent, wenn sie in den letzten drei Monaten entstanden sind.

Damit ist für sehr viele Fälle wiederum eine Grenze gezogen, die bewirkt, daß der Gläubiger auch für die persönliche Forderung die doch günstiger behandelt werden soll,

nicht mehr als etwa 25 Prozent des Friedenswertes

bekommt. Noch schlimmer aber ist, daß diese kleine Verbesserung für Forderungen aus dem Jahre 1920 nicht gilt. Da es nun im Jahre 1920 schon Zeiten gegeben hat, in denen die Papiermark niedriger stand als während der großen Teile des Jahres 1921, so ist mit dieser Regelung für die Gläubiger, deren Forderungen im Jahre 1920 begründet wurden, eine grobe Ungerechtigkeit verbunden. Die sozialdemokratischen Anträge, die diese Ungerechtigkeit ausmerzen wollten, sind einer ernsten Prüfung von den Regierungsparteien nicht gewürdigt, sondern glatt abgelehnt worden.

Auch die weiteren Anträge der Sozialdemokratie fanden keine Gnade vor dem Bürgerblock. Die Sozialdemokratie forderte erstens, daß die

Rückwirkung der Aufwertung

bei vorbehaltloser Zahlungsannahme erweitert werden sollte. Es sollte, wenn bei Rückzahlungen, die vor dem 15. Juni 1922 erfolgt sind, der gezahlte Betrag nicht mengstens 10 Prozent des Goldmarkbetrages ausmacht, eine Nachprüfung erfolgen und unter Berücksichtigung der Verhältnisse beider Teile eine Aufwertung bis zu 15 Prozent möglich gemacht werden.

Zweitens wollte die Sozialdemokratie, daß auch bei der

einfachen Darlehnshypothek

(also nicht bloß der Restkaufhypothek) eine Aufwertung der persönlichen Forderung über 25 Prozent hinaus zugelassen werden, wenn es mit Rücksicht auf die Wirtschaftslage der beiden ursprünglichen Vertragsteile zur Abwendung einer groben Unbilligkeit unabweisbar erscheint.

Drittens beantragte die Sozialdemokratie, daß auch die bisher von der

Aufwertung völlig befreiten Banken

in gewissen Grenzen zur Aufwertung sowohl der Spareinlagen, die bei ihren Sparabteilungen gemacht worden sind, als auch der langfristigen Bankguthaben verpflichtet werden sollten.

Alle diese Anträge verfielen der Ablehnung. Herr Hergt wollte an den „Grundzügen" des Aufwertungsrechts, die im krassesten Widerspruch mit seinen eigenen Wahlversprechungen und Reichstagsforderungen vom Jahre 1924 stehen, nicht rütteln lassen. Die Regierungsparteien haben sich den Geboten Hergts unterworfen und damit den Sparerbetrug vom Jahre 1925 endgültig besiegelt.

Die Porto-Erhöhung.

Am Montag vormittag verhandelte der Interfraktionelle Ausschuß der Regierungsparteien im Reichstag wiederum über die Fragen der Porto-Erhöhung. Die Verhandlungen der Regierungsparteien sind noch nicht zum Abschluß gekommen, es sollen vielmehr noch Besprechungen mit den anderen Reichstagsparteien vorgenommen werden. Für die bisherigen Verhandlungen ist Vertraulichkeit vereinbart worden.

Trotz dieser Vertraulichkeit weiß die Nachtausgabe des „Tag" zu berichten, daß die Regierungsparteien dem Reichspostminister erklärt haben, daß nach ihrer Auffassung eine Zustimmung zu einer Vorlage über Porto-Erhöhungen, die der einmal abgelehnten Vorlage entspreche, im Verwaltungsrat der Reichspost nicht erwartet werden könne. Der Reichspostminister müsse sich auf die notwendigen Erhöhungen beschränken und höchstens eine Erhöhung des Portos für einfache Briefe von 10 auf 15 Pfennig und für die Postkarte von 5 auf 10 Pfennig vorschlagen, wobei aber alle sonst beabsichtigten Erhöhungen unterbleiben müßten. Es sei auch noch der Vorschlag gemacht worden, die Erhöhung für die Postkarten noch weiter zu beschränken, und zwar in der Form, daß eine Postkarte 8 und zwei Postkarten 15 Pfennig kosten. Der Reichspostminister werde wahrscheinlich nunmehr in nächster Zeit eine neue Vorlage ausarbeiten, die sich aber nur in diesem Rahmen bewegen werde.

Ursprünglich sollte sich am Dienstag der Haushaltsausschuß des Reichstages mit den Postfragen beschäftigen. Die Verhandlungen sind jedoch auf Donnerstag dieser Woche vertagt worden. Der Haushaltsausschuß wird am Donnerstag zunächst über eine Anregung von Abgeordneten der Regierungsparteien beraten, daß der Betrieb der Reichspost vom Reichsparkommissar noch einmal auf seine Wirtschaftlichkeit hin durchgeprüft werden soll. Im Zusammenhang damit wird die gesamte Finanzlage der Post erörtert werden, ebenso die Gebührenfrage. Allgemein neigt man, auch in den Regierungsparteien, immer mehr der Auffassung zu, daß die Frage der Portoerhöhung bis zum Herbst zurückgestellt werden soll.

Das Reichskabinett beriet am Montag abend in einer lang andauernden Sitzung über das Schulgesetz, ohne jedoch bisher zu einer Einigung zu gelangen.

Eine internationale Pressekonferenz, die erste seit 1914, trat am Montag in London zusammen. Es sind 22 Länder vertreten.

Die deutschnationale Schmach.

Besichtigung der zerstörten Ostfestungen.

Die beiden ausländischen Offiziere, die General v. Pawelz auf der Besichtigungsreise zu den Ostfestungen begleiten werden, sind, wie der S. P. D. hört, der französische Major Durand und der belgische Major Fulin. Die Reise dürfte in acht Tagen beendigt sein. Es ist vorgesehen, daß die drei Herren nach ihrer Rückkehr ein gemeinsames Protokoll unterfertigen, das, in je einem Exemplar, der deutschen Regierung und der Botschafterkonferenz überreicht wird.

Der Beginn der Reise steht noch nicht fest. Vertreter auswärtiger Zeitungen haben die Bitte ausgesprochen, sich der Besichtigungsreise anschließen zu dürfen. Das Gesuch ist von General v. Pawelsz abgelehnt worden. Es herrscht prinzipielle Uebereinstimmung darüber, die Presse an der Besichtigungsreise nicht teilnehmen zu lassen. Daher wird auch der Termin der Abreise der Kommission nicht bekanntgegeben.

Die Affäre Cachin.

Rein ins Gefängnis, raus aus dem Gefängnis!

Paris, 4. Juli. (Eig. Drahtb.). Die Regierung hat am Montag in der Kammer eine neue empfindliche Schlappe erlitten. Der kommunistische Abgeordnete Cachin war aufgefordert worden, am Montag mittag 12 Uhr seine mehrmonatige Gefängnisstrafe wegen Aufreizung der Soldaten zum Ungehorsam anzutreten. Cachin hatte dieser Aufforderung Folge geleistet. In der Nachmittagssitzung brachte der sozialistische Abgeordnete Baron einen Antrag ein, daß Cachin an der Ausübung seines Parlamentsmandats nicht behindert werden dürfe. Die Kammer hat diesen Auftrag durch Handaufheben angenommen, und Cachin wird noch am Montag abend wieder in Freiheit gesetzt werden.

Politischer Prozeß in Bulgarien.

Sofia, 4. Juli. (Eig. Drahtb.). Vor dem Kreisgericht der südbulgarischen Stadt Pasardschik hat ein neuer politischer Prozeß begonnen. Die Anklageschrift beschuldigt die 39 vor dem Gerichte stehenden Arbeiter, Bauern und Beamten der Zugehörigkeit zur illegalen Bewegung. Gegen 12 Angeklagte hat der Staatsanwalt die Todesstrafe beantragt. Ein großer Teil von ihnen sind noch Jugendliche, einige sogar Minderjährige. Die Verhandlungen dürften mehrere Wochen in Anspruch nehmen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270706-18/fragment/page=0002

Wahlreform in Frankreich.

In den nächsten Wochen wird das politische Leben in Frankreich vor allem im Zeichen der Wahlreform stehen, deren Beratung in der Deputiertenkammer am Freitag eingesetzt hat, wobei die Linksparteien durch ihre Geschlossenheit und Disziplin ein Gefährliches Obstruktionsmanöver der vereinigten Rechtsparteien und der Kommunisten durchkreuzt haben. Von dem Schicksal dieser Wahlreform hängt im wesentlichen das Ergebnis der nächsten allgemeinen Wahlen im Frühjahr 1928 ab, die wiederum auf die Außenpolitik ganz Europas von entscheidendem Einfluß sein dürften.

Diese Wahlreform bedeutet scheinbar einen Rückschritt, denn sie soll das frühere Wahlsystem — Einmännermahlkreise mit Stichwahlen — wiederherstellen. Da auch die Sozialisten für die Rückkehr zu dem ehemals von ihnen am stärksten bekämpften Modus eintreten, ist es notwendig, um nicht Mißverständnisse aufkommen zu lassen, diese Haltung zu erklären. Unsere französischen Genossen erstrebten vor dem Kriege unter der Führung von Jaures — in Uebereinstimmung mit allen Arbeiterparteien auf dem Kontinent — das Proportionalwahlrecht. Nicht nur aus Gründen der parteipolitischen Zweckmäßigkeit, sondern vor allem der Gerechtigkeit. Das Wahlsystem, das aber nach dem Kriege — als Ergebnis unzähliger Obstruktionsmanöver der Gegner der Verhältniswahl und fauler Kompromisse mit ihnen — von der damaligen Kammer beschlossen wurde, war nur noch eine grauenhafte Karikatur des Proporzes. Die Wahl wurde zu einem komplizierten Lotteriespiel, gegen dessen Tücken man sich nur durch Bildung viel bedenklicherer Bündnisse sichern konnte, als die, die man durch Abschaffung des Stichwahlsystems hatte verhindern wollen. Als unsere französischen Genossen versuchten, im Herbst 1919 unter dem neuen Wahlmodus selbständig zu kämpfen, wurden sie und die Radikalen vernichtend durch die vereinigten Listen des Nationalen Blocks geschlagen, obwohl sie an und für sich einen beträchtlichen Stimmenzuwachs verzeichnen konnten. Vereinhalb Jahre lang hat nicht nur Frankreich, sondern ganz Europa unter den Folgen dieses Sieges des Nationalen Blocks zu leiden gehabt. Die Linke zog daraus die Konsequenzen und bildete für die Wahlen von 1924 gleichfalls ein Wahlkartell, dessen Triumph noch viel durchschlagender gewesen wäre, hätte nicht die Absplitterung durch die Kommunisten die reaktionären Kandidaten in vielen Fällen gerettet. Dennoch empfanden damals fast alle Parteien die Beibehaltung dieses Hasardspiels als eine moralische Unmöglichkeit. Die von den Sozialisten gewünschte Verbesserung des Wahlsystems von 1919, im Sinne der Einführung einer wirklichen Verhältniswahl erwies sich aber als eine praktische Unmöglichkeit, weil der Senat in seiner Mehrheit seit jeher Gegner des Proporzes ist.

Inzwischen haben die Rechtsparteien aus der Abbröckelung der Linkskartelle die Schlußfolgerung gezogen, daß es für sie doch besser wäre, die Neuwahlen von 1928 nach dem bestehenden Modus zu verfechten. Ebenso die Kommunisten. Deshalb treten sie für seine Beibehaltung ein und werfen vor allem den Sozialisten vor, daß sie ihren früheren, jahrzehntelangen Kampf gegen das System der Einmännermahlkreise verraten hätten. Davon kann gar keine Rede sein. Unsere französischen Genossen haben nur die Wahl zwischen zwei Uebeln, und sie haben erkannt, daß die Rückkehr zum alten System mit allen seinen Mängeln bei weitem das kleinere Uebel ist im Vergleich zu einer Wiederholung des Trauerspiels vom Herbst 1919. Deshalb treten sie jetzt, gemäß dem Beschlusse ihres letzten Parteitages von Lyon, für die Rückkehr zum früheren Modus ein und kämpfen dabei Schulter an Schulter mit ihren Bundesgenossen vom ehemaligen Linkskartell. Wenn sich die Linke in der Kammer durch keine Manöver beirren läßt, wird sie ihr Ziel durchsetzen, da vom Senat keine Schwierigkeiten zu erwarten sind. Jede andere Haltung unserer französischen Parteifreunde würde, bei aller „Prinzipienfestigkeit" nur das Spiel der Reaktion besorgen.

Frankreich und die deutsch-österreichische Anschlußfrage.

Paris, 4. Juli. (Eig. Drahtb.). Der französische Gesandte in Wien, de Chambrun, weilt seit einigen Tagen in Paris und hat, wie verlautet, mit den zuständigen Stellen am Quai d'Orsay bereits mehrere Aussprachen über die Anschlußfrage gehabt. Man scheint an den französischen amtlichen Stellen im Anschluß an diese Besprechungen mit de Chambrun mit Beunruhigung die Fortschritte zu verfolgen, die diese Frage in den letzten Monaten gemacht hat. Der „Temps" gibt dies heute offen zu. Er erklärt, die Zeit sei vorbei, wo man glauben konnte, die Anschlußangelegenheit sei „nur eine Angelegenheit gewisser Elemente ohne Verantwortung" in beiden Ländern. Heute ist die Mehrheit der österreichischen Parteien und die Mehrheit im Nationalrat offen für den Anschluß. Man könne heute nicht mehr auf das „Verantwortungsgefühl" der Leiter der österreichischen Politik noch auf die „Unabhängigkeit" der österreichischen Parteien zählen. Dies müsse allen Befürchtungen in Frankreich und den Staaten der kleinen Entente Raum geben, denn der Anschluß würde nicht nur, nach Ansicht des Blattes, die Erdrückung der österreichischen Industrie, sondern auch in politischer Beziehung die Schaffung eines Mitteleuropas bedeuten, das die Einleitung zu einem „neuen Drang des Deutschtums nach dem Osten" werden würde und dies wieder würde „die ganze Entwicklung und sogar die Existenz der Staaten der kleinen Entente in Frage stellen".

Der Kulz-Verband.

Genf, 4. Juli. (Eig. Drahtb.). Am Montag trat die von über 40 Staaten beschickte Konferenz für die Gründung eines Weltbilfsverbandes gegen Schädigung durch Naturkatastrophen unter Vorsitz des Ministers Kulz zusammen. Die Sowjetregierung hat ihre Teilnahme an der Konferenz mit der Begründung abgesagt, daß es besser sei, die internationale Hilfstätigkeit bei Naturkatastrophen wie bisher den roten Kreuzorganisationen zu überlassen. Den gleichen Standpunkt vertrat in der allgemeinen Aussprache auch der holländische Vertreter, während der englische Vertreter die Notwendigkeit der Weltorganisation ebenfalls anzweifelte, ohne jedoch ihre Gründung abzulehnen. Für die Gründung eines Weltverbandes traten der französische, italienische, polnische und rumänische Vertreter ein. Auf deutschen Antrag wurde sodann beschlossen, das vorliegende Projekt als Diskussionsgrundlage zu benutzen und am Dienstag in die Detailberatung einzutreten.

Um die Kohlenpreise.

Am 11. Juli findet in Berlin eine Sitzung des Reichskohlenrats statt, die sich abermals mit Kohlenpreiserhöhungsanträgen befassen wird. Es wird weiterberaten und verhandelt werden über den Preiserhöhungsantrag des oberschlesischen, niederschlesischen u. sächsischen Steinkohlensyndikats, während das rheinisch-westfälische, Aachener und niedersächsische Kohlensyndikat ihre Preiserhöhungsanträge erneut haben. Weitere Preiserhöhungsanträge sind eingebracht vom mitteldeutschen, ostelbischen und rechtsrheinischen Braunkohlensyndikat.

Radio-Tageblatt

(Eigener Funkdienst)

Herbsttagung des Reichstages.

Berlin, 5. Juli. (Eig. Funkm.). Nach der „Täglichen Rundschau" sollen sich die Regierungsparteien mit dem interfraktionellen Ausschuß des Reichstages über die Notwendigkeit einer Herbsttagung einig geworden sein. Es handelt sich dabei voraussichtlich um eine Sondertagung von zwei bis drei Tagen, um den Entwurf des Reichsschulgesetzes zu erledigen, und zur weiteren Beratung dem zuständigen Ausschuß zu übergeben. Der Reichsrat soll das Reichsschulgesetz bereits im Laufe des August beraten.

Deutsch-französische Wirtschaftsverhandlungen.

Paris, 5. Juli. (Eig. Funkm.). Am Montag hat eine neue Besprechung zwischen der deutschen und der französischen Handelsdelegation stattgefunden, wobei die deutsche Delegation weitgehendstes Entgegenkommen gezeigt haben soll. Man rechnet damit, daß eine neues provisorisches Abkommen vom 15. Juli ab zustande kommen wird.

Der Ferien-Massenverkehr.

Berlin, 5. Juli. (Eig. Funkm.). In den ersten Ferientagen hat die Reichsbahndirektion Berlin rund eine halbe Million Reisende von Berlin abbefördert, davon am Sonnabend allein 150 000 Personen. Am Stettiner Bahnhof verließen im Laufe des Sonnabend von 6 Uhr morgens bis Mitternacht durchschnittlich fast jede Viertelstunde ein vollbesetzter Zug Berlin nach der Ostsee. Insgesamt werden 134 Feriensonderzüge von Berlin abgelassen, zu denen rund 100 000 Fahrkarten verkauft worden sind.

Gewaltherrschaft in Mussolinien.

Paris, 5. Juli. (Eig. Funkm.). Aus Mailand wird gemeldet, daß in dieser Stadt ebenso wie in Turin und Neapel in den letzten Tagen Hunderte von Personen festgenommen worden sind. Die faschistische Polizei soll den Befehl erhalten haben, unter allen Umständen heimliche antifaschistische Pressorganisationen aufzudecken. 50 Bürger sind bereits im Laufe der letzten Wochen zu zwangsweisem Aufenthalt auf Inseln verurteilt worden. Ein sozialistischer Arbeiter, der in Triest versuchte, durch die Flucht sich dem zwangsweisen Aufenthalt zu entziehen, ist zu zwei Jahren Gefängnis und 15 000 Lire Geldstrafe verurteilt worden. Am Mittwoch soll in Bologna eine Versammlung der faschistischen Führer Norditaliens stattfinden.

Ein Dorf abgebrannt.

Prag, 5. Juli. (Eig. Funkm.). In der Ost-Slowakei ist die Gemeinde Neu-Stuben einem Großfeuer zum Opfer gefallen. Insgesamt wurden 249 Häuser eingeäschert, 600 Bewohner sind obdachlos, drei Personen haben den Tod in den Flammen gefunden, 17 erlitten schwere Verletzungen.

Unwetter in Südrußland.

Moskau, 5. Juli. (Eig. Funkm.). Von einem schweren Unwetter heimgesucht wurde am Montag die Stadt Odessa. Ein Wirbelsturm richtete große Verwüstungen an, deckte viele Häuser ab und entwurzelte zahlreiche Bäume. Viele Boote sind gesunken, wobei über 20 Personen ertrunken sind. Ein mit Ausflüglern überfüllter Straßenbahnwagen entgleiste an einer Kurve und stürzte um, hierbei wurden sechs Personen getötet, 10 schwer und 33 leicht verletzt.

Aus der Partei.

Das Protokoll vom Kieler Parteitag

ist soeben im Dietz-Verlag erschienen. Es enthält die stenographischen Aufnahmen der Verhandlungen des Parteitages und der Frauenkonferenz; auch das Agrarprogramm ist ihm beigeheftet. Ein umfangreiches Sachregister, dazu ein Sprechregister erleichtern ein schnelles Nachschlagen.

Bisher ist noch kein Protokoll eines Parteitages in so kurzer Zeit im Buchhandel erschienen. So sind die Verhandlungen noch in frischer Erinnerung und werden in der ausführlichen Form der stenographischen Aufnahme sicher gern nachgelesen. Vom Kieler Parteitag gilt, was schon ein Delegierter auf ihm zum Ausdruck gebracht hat: „Er wird ein bedeutsames Merkmal in der Geschichte der Partei sein, er wird hochinteressant sein durch seine theoretischen Darlegungen, aber er wird auch — und das ist das Erfreuliche — stark unseren Willen zur Macht zum Ausdruck bringen."

Das Protokoll umfaßt 376 Seiten und kostet gebunden in Ganzleinen 3,60 Mark, broschiert 2,60 Mark. Es ist zu beziehen durch alle Parteibuchhandlungen.

Bei der Arbeit für die Partei gestorben. Unser Parteigenosse, der Stadtverordnete Wolke aus Bunzlau, der am Mittwoch der Tagung des Reichsstädtebundes in Görlitz beiwohnte und nachmittags nach Bunzlau zurückgekehrt war, ist am Donnerstag früh auf der Fahrt nach Görlitz, wo er an dem zweiten Verhandlungstag teilnehmen wollte, auf dem Bahnhof in Kohlfurt einem Herzschlag erlegen.

Gewerkschaftliches.

Ueber die „Dinta",

das Deutsche Institut für technische Arbeitsschulung, das von den Großindustriellen des Ruhrgebiets gegen die Gewerkschaftsbewegung aufgebaut worden ist, veröffentlicht der bekannte dänische Schriftsteller des Proletariats Martin Andersen-Nexö im Kopenhagener „Socialdemocraten" einen interessanten Artikel. Andersen-Nexö faßt sein Urteil über die Dinta folgendermaßen zusammen:

„Aller schönen Phrasen entkleidet, ist die Dinta ein plumper, aber auch großzügiger Versuch, den Arbeiter dazu zubekommen, sich von Gewerkschaft und Partei loszusagen, ihn aus der Solidarität mit seinen Klassengenossen zu reißen, ihn von seinem Verhältnis zum Allgemein-Menschlichen abzuschneiden und ihn geistig auf den Arbeitsplatz zu beschränken, ihn abzustumpfen, ihn zur Maschine zu machen! Das wird ja nicht gelingen. Aber die Dinta arbeitet mit reichen Mitteln und die Arbeiterjugend in den Industriebezirken hat nicht viel Freuden. Etwas Schwanken unter denen, die aufrücken, unter der Jugend, wird dieser Versuch von Arbeitgeberseite, den Arbeiterstand zu korrumpieren, daher immerhin erzielen".

Zu einem Brauerstreik ist es in Stuttgart und Vaihingen a. F. infolge von Lohndifferenzen in der Stuttgarter Brauerei Dinkelacker gekommen. Zuerst traten die Brauerlarbeiter bei Dinkelacker in Streik, daraufhin erfolgte Kündigung der übrigen Brauereiarbeiter. Zuzug ist strengstens fernzuhalten.

Soziales.

Wie Landarbeiterkinder sterben.

Vor einigen Wochen war in der bürgerlichen Presse Schlesiens eine Notiz zu lesen, in der mitgeteilt wurde, daß auf einem Gute in der Wohnung des Dominialgebäudes Feuer ausgebrochen sei und dabei auch zwei Arbeiterkinder umgekommen seien. Nur die wenigsten Leser werden eine Ahnung davon haben, welche sozialen Ursachen hinter diesem tragischen Ereignis zu suchen sind. Ein Blick in die Verhältnisse der betreffenden und vieler tausender Landarbeiterfamilien genügt, um diese kurze Notiz zur Anklägerin werden zu lassen.

Um 3.30 Uhr morgens muß der Mann aufstehen und zur Arbeit gehen. Die Frau muß als Deputatarbeiterfrau das Kleinvieh füttern und etwas zum Mittagessen herrichten, weil dazu in der Mittagspause keine Zeit ist. Inzwischen kommt der Mann vom Stall zurück. Es wird gefrühstückt. Die Kinder, ein Junge von sechs und ein Mädchen von drei Jahren, nehmen am Frühstück teil. Dann läutet es wieder zur Arbeit. Auch die Frau muß jetzt mitgehen. Sie ist dazu vertraglich verpflichtet, und auch die Not verlangt es. In Akkordarbeit sind Rüben zu vereinzeln. Dabei werden einige Groschen mehr verdient. Die Frau berechnet schon, was sie davon für die Kinder kaufen kann. Bevor sie zur Arbeit geht, erteilt sie dem Sechsjährigen noch einige Verhaltungsmaßregeln, wie er sein dreijähriges Schwesterchen betreuen soll. Dann geht sie schweren Herzens fort.

Auf einmal ertönt ein Schrei. Im Dorfe ist Feuer ausgebrochen. Alle rennen zurück und fragen bang, wo es brennt. Das Feuer kommt von dem Hause, wo die kleinen Kinder zurückgelassen worden sind. Jeder versucht, zu retten, was zu retten ist. Aber es ist keine Leiter vorhanden, die bis zu dem Stockwerk reicht, in dem die Kinder untergebracht sind. Der Rauch verhindert, von innen in die Wohnung einzudringen. Als endlich die freiwillige Feuerwehr ankommt und in die Wohnung gelangen kann, sind die beiden Kinder schon verbrannt. Die Mutter bricht zusammen und muß ins Krankenhaus gebracht werden. Ihr Lebensinhalt ist vernichtet.

Die Schilderung dieser nackten Tatsachen müßte so aufreizend wirken, daß alle Landarbeiter veranlaßt werden, selbst Hand anzulegen, um die Ursachen solcher nicht gerade vereinzelter Unglücksbilder zu verhindern. Der Mann verdient in der Stunde einen Barlohn von 9½ Pfennig. Solange die Landarbeiter nicht geschlossen im Landarbeiter-Verband eine angemessene Erhöhung dieser niedrigen Löhne durchsetzen, werden die Landarbeiterfrauen noch lange Zeit mitverdienen müssen, anstatt der Arbeit im Haushalt nachgehen und dabei auch auf ihre Kinder achten zu können. Sie haben dazu ja kein Kindermädchen.

Wirtschaftlicher Teil.

Normung in der Küche.

Der Fachnormenausschuß für Hauswirtschaft

beabsichtigt, für Fleischhackmaschinen, Reibemaschinen, Kaffeemühlen, Brotschneider, Gemüseschneidemaschinen, Wringmaschinen, Mangelmaschinen, Waschmaschinen Normen zu schaffen, so daß die Ersatzteile der verschiedenen Systeme gleich sind und leicht in jedem Fachgeschäft nachbeschafft werden können.

Bei den Fleischhackmaschinen gibt es bereits heute von den Herstellern aufgestellte Normen, die sogar international verwendet werden, z. B. die Abmessungen der Messer, der Schnecken usw. — Besonderer Wert wird darauf gelegt, daß nicht nur die Abmessungen innerhalb einer Maschinengattung einheitlich sind, sondern daß z. B. die Befestigungsschrauben bei den Sammelreiben die gleichen sind wie bei den Fleischwölfen.

In Anbetracht der zunehmenden Verwendung von Elektromotoren für den Antrieb von Haushaltungsmaschinen wird darauf geachtet werden, daß für eine ganze Reihe verschiedener Maschinen derselbe Motor verwendet werden kann.

Berliner Produktenbörse vom 4. Juli. Getreide und Oelsaaten per 1000 Kilo, sonst pro 100 Kilo in Reichsmark. Weizen märkischer —.—, Roggen märkischer 236—243, Sommergerste 240—273, Wintergerste ——, Hafer, märkischer 252—259, Mais 186—188, Weizenmehl 36.75—38.75, Roggenmehl 34.75—36.75, Weizenkleie 13.75, Roggenkleie 15.75, Raps ——, Leinsaat —.—, Viktoriaerbsen 44.00—56.00, kl. Speiseerbsen 28.00—32.00, Futtererbsen 22.00—23.00, Peluschken 21.00—22.50, Ackerbohnen 22.00—23.00, Wicken 22.00—24.50, Lupinen, blaue 15.00—16.00, Lupinen, gelbe 18.00—19.00, Seradella ——, Rapskuchen 15.40—15.80, Leinkuchen 19.60—19.90, Trockenschnitzel 12.50—13.10, Soja-Schrot 19.60—19.70, Tormehlsatze 80/70 ——, Kartoffelflocken 31.20—33.50.

Banknotenkurse vom 4. Juli (im Reichsmark. 100 Holland 168.58, 100 Dänen 112.51, 100 Schweden 112.59, 100 Norwegen 108.98, 100 Finnland 10.612, 100 Schweiz 81.21, 1 Argentinien 1.766, 100 D.-Oesterreich 59.53, 100 T. Ungarn 73.25, 100 Tsch.-Sl. 12.455, 100 Spanien 71.90, 1 Amerika 4.197, 100 Belgien 58.62, 1 England 20.445, 100 Frankreich 16.56, 100 Italien 22.41, 100 Bulgar. 3.047, 100 Rumänien 2.555, 100 Jugosl. 7.414, 1 Japan 1.984, 1 Brasilien 0.474, 100 Portugal 20.98, 100 Danzig 81.44, Türkei 2.177, 100 Griechenland 5.694, 1 Uruguay 4.126, 1 Kanada 4.209, Kairo 20.96.

Sämereien-Wochenbericht

d. Firma A. Metz & Co. Nachfolger G. m. b. H. Berlin.

Wir notieren heute freibleibend für feldfreie Saaten mit guten Gebrauchswerten je nach Qualität für 50 kg ab Groß-Berlin:

Rotklee	Mk. 85.00—126.00	Gem. Rispengras	Mk. 125.00—130.00
Schwedenklee	„ 145.00—164.00	engl. Raygras	„ 88.00— 51.00
Gelbklee	„ 98.00—122.00	ital. Raygras	„ 31.00— 38.00
Weißklee	„ 90.00—123.00	Sommerwicken	„ 15.00— 16.50
Wundklee	„ 94.00—110.00	Seradella,	zum Tagespreis
Gelbklee	„ 78.00— 88.00	Leinsaat	„ 22.00— 24.00
Luzernenklee	„ 63.00— 78.00	Senf	„ 28.00— 32.00
Wiesenschwingel	„ 130.00—138.00	Pr. Buchweizen	„ 16.50— 18.50
Raygras	„ 135.00—145.00	Silbergr.	„ 20.00— 23.00
Timothee	„ 32.00— 42.00	Pferdezahnmais	„ 14.50— 15.50
Kammgras	„ 240.00—270.00	Riesenspörgel	„ 27.00— 28.00
Wiesenrispengras	„ 110.00—118.00	Ackerspörgel	„ 23.00— 26.00
		Winterwicken	„ 53.00— 58.00

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270706-18/fragment/page=0003

ca. 800 Bürgerquartiere

für die Bienenwirtschaftliche Ausstellung

5. bis 7. August 1927

werden gesucht. Gefl. Angebote an den Wohnungs-Ausschuß: **Herm. Schorch, Bleichstr. 4** oder im **Büro Schützenwall** abzugeben. Preisangabe erwünscht.

Meine

Zigarren-Schlager

El Puerto	6 Pfg.
Nr. 10 d	10 Pfg.
H Hausmarke	10 Pfg.
H Spezialmarke	10 Pfg.
Grünstiftig	15 Pfg.
Herrenklasse	15 Pfg.
Rosita	15 Pfg.

Barich,

Göddenstraße Nr. 1, Ecke Schulstraße.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold"

Ortsgruppe Halberstadt.

Sonntag, den 10. Juli 1927:

Republikan. Kreis- und Volksfest

auf dem Burchardianger.

Festfolge:

Morgens 6 Uhr: **Wecken.** 8—11 Uhr: **Empfang** der auswärtigen Ortsgruppen. Gleichzeitig **Wettkämpfe** der Schutzsport-Abteilungen auf dem Festplatz.
11 Uhr: **Platzkonzerte.** 13 Uhr: Antreten auf dem Domplatz, dortselbst

Begrüßung durch den Kreisleiter und Ansprache des

Oberbürgermeisters Paul Weber

anschl. **Festumzug** nach dem Festplatz. Dortselbst **Festrede** des Bundesschatzmeisters **Paul Crohn**-Magdeburg. Anschl. sportliche Darbietungen sowie **Platzkonzert.**
Von 16 Uhr ab: **Unterhaltungstanz** im „Odeum". Von 19 Uhr ab: **Festball** daselbst.

Montag, den 11. Juli:

Großes Kinder-Fest

Um 14 Uhr: Antreten der schulpflichtigen Kinder auf dem Domplatz, anschl. **Umzug** nach dem Festplatz Burchardianger. Nach dem Umzug **Kinderbelustigungen** aller Art mit **Verteilung von Präsenten.** Abends **Lampion-Rückmarsch** der Kinder. Zur Unterhaltung aller Teilnehmer sind auf dem Festplatz Dampf-Berg- und Talbahn, Luftschaukel, Kinderkarussells, Schießhallen usw. reichlich vertreten.

Fahnen heraus! **Schmückt die Häuser!**

Zu dieser volkstümlichen Veranstaltung laden wir die Einwohner von Halberstadt und Umgegend herzlichst ein. **Der Fest-Ausschuß.**

Festabzeichen sind zum Preise von 50 Pfennig bei den Unterkassierern erhältlich.

Für die Beweise aufrichtiger Teilnahme beim Heimgange unserer lieben Entschlafenen sagen wir allen

herzlichen Dank.

Besonderen Dank Herrn Pastor Möseritz für die trostreichen Worte am Sarge und am Grabe.

Halberstadt, den 5. Juli 1927.

Familie Zern.

Sternwarte

Jeden Dienstag ab 8 Uhr:

Tanz-Abend

Im heißen Sommer

sitzt man am besten

im herrlichen Garten des

Elysium!

Bekanntgabe des großen Eröffnungskonzertes folgt noch

Plötzlich und unerwartet starb infolge Unglücksfalls am Sonntag abend 9¾ Uhr unser aller Sonnenschein, unser einzigstes Kind

Irmgard Künne

im zarten Alter von 8 Jahren.

Dies zeigen tiefbetrübt an

Halberstadt, den 5. Juli 1927

Richard Künne und Frau
Herm. Niedung u. Frau, als Großeltern
Witwe Luise Künne, als Großmutter
nebst allen Verwandten.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachm. 4 Uhr von der städt. Friedhofskapelle aus statt.

Neuheiten in

Sport-Mützen

sind eingetroffen. Preiswert wie immer.

Adolf Garsuch,

gegenüber d. Holzmarkt.

Kanarien-Hähne

werden angenommen.

K. Leinau,

Johanneskloster 7, r.

Streichfertige

Oel- und Lackfarben

für jeden Zweck.

F. C. Günther, Drogerie

Plüschsofas,

Chaiselongues, Vertikos, Kleiderschränke u. a. m. zu verkaufen.

Westendorf 6.

Die Beleidigung

gegen Alwine Wöllner nehme ich zurück.

R. M.

Zum Volksfest empfehle meine **Breakwagen, Spielwagen und dergl.**

E. Richter, Wagenbdl., **Pfahlgasse 1.**

Präparat. Biehlebertran Vieh-Lebertran-Emulsion Ratz-Apotheke.

Bauschule Rostede

i. Oldenburg v. 6. Lehrs. **Polierkurse** und Vorbereitung auf die Meisterprüfung. **Progr. frei.**

Tabakpfeifen

in kurz und lang,

Brynèrepfeifen

nur Qualitätsware.

Tabakdosen u. -Beutel

Pfeifenstopfer, Pfeifenreiniger.

Sämtl. Ersatzteile für Pfeifen, Reparaturen und Reparaturen bei

Ernst Paetzel,

Drechslermeister.

Halberstadt, Weingarten 25.

Reellste und billigste Bezugsquelle in neuen Gänsefedern, wie von der Gans ger. m. u. Daunen, dopp. ger. Pfd. 2.50 Mk., bessere 3 Mk., sehr zarte 3.50 Mk., ff. Fed. (Halbd.) 5 Mk., f. zarte 6 Mk. Edel ½-Daun. 6.50, Ia 7.50 Mk. Ger. ger. Fed. m. Daunen 4 u. 5 Pfd. hochpr. 5.75 Mk., Ia 6.25, aller. 7.25 u. 8.25 Mk. Ia Halbd. 8.75 u. 10 Mk. Für reelle, staubfreie Ware Garantie. Verl. geg. Nachnahme ab 5 Pfd. portofr. u. nehme was n. gefällt auf meine Kosten zurück.

Rudolf Gielisch,

Rentrebbin 105 Oderbr. Gänsemästerei.

Jg. Mädchen empfiehlt sich zum **Anfertigen von Damen- und Kinder-Garderobe** in u. außer dem Hause

Sebanstraße 49. part.

Gut erhalt. **Kinderwagen** sehr billig zu verkaufen Georgenstraße 8. II.

Schützen Sie sich gegen Fliegen!

Fliegengewebe in allen Abmessungen liefert auch an Private

Fritz Krippner,

Drahtwarenfabrik

Arb.-Schwimmverein „Wasserfreunde"

Nachruf!

Plötzlich und unerwartet entriß uns der Tod infolge Straßenunfalls unsere liebe Schwimmerin

Irmchen Künne

Wir werden sie in unserer Schülerinnenriege schmerzlich vermissen und oft an sie denken.

Der Vorstand.

Bekanntmachung.

Nach Beendigung der Pflasterarbeiten wird die Sperre der Gemeindestraße von Danstedt nach Heudeber wieder aufgehoben.

Halberstadt, den 5. Juli 1927.

Der Landrat.
J. V.: Seeger, Kreisdeputierter.

Die Sperre der Huy-Landstraße

wird mit dem 5. Juli d. Js. aufgehoben.

Die Polizei-Verwaltung.

Von der Reise zurück!

Dr. Crohn.

Kinder zur Arbeit

stellen ein

Gebr. Dippe A.-G.

DG

DIRECTION DER DISCONTO-GESELLSCHAFT

Zweigstelle Halberstadt

Breiteweg 28

empfiehlt für die

REISEZEIT

Ihre feuer- und diebessichere

STAHLKAMMER

zur Aufbewahrung von Dokumenten, Effekten, Schmucksachen u. sonstigen Wertgegenständen.

KREDITBRIEFE

auf alle Plätze der Welt.

Hallo! Metall-Bettstellen? Wo?

Bettstellen, 190/90 33 Mm., 23,50 27,50 32,50

Bettstelle mit Fußbrett 28,— 36,— 42,—

Patentmatratzen 14,— 18,— 20,—

Auflegematratzen Zteilig und Keil in jeder Preislage bei

Bauch & Schomburg

Grudenberg 10.

Wanzen nebst Brut werden durch chem.-Gitgas radikal beseitigt mit strenger Diskretion. Ferner werden **Schwaben, Heimchen, Ameisen** nebst Brut sofort abgetötet, sowie alles andere Ungeziefer durch

Kammerjäger Wilh. Hauert,

Judenstr. 30.

Hunderte v. Dankschreib. Komme auch nach auswärts.

Aus Wernigerode

Der Verkauf von Tabak und Tabakwaren

ist in den Verkaufsstellen, in denen diese überwiegend geführt werden, **an allen Sonntagen bis 28. August d. Js. von 11 bis 13 und von 16 bis 19 Uhr gestattet.**

Wernigerode, den 30. Juni 1927.

Die Polizeiverwaltung. J. V.: Reichardt.

Wernigeröder Versicherungs-Verein gegen alle Verluste bei Schweinen A.-G.

Freitag, den 8. Juli, abends 8½ Uhr, im „Gasthof zur Sonne"

General-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Bericht über das 1. Quartal.
2. Zahlung der Beiträge (1.50 Mk. pro Schwein).

Der Vorstand.

Die wirtschaftliche Not

zwingt die Hausfrau zu sparen. Kaufen Sie daher

prima

Mastochsen-Gefrierfleisch

von zweijährigem argentinischen Mastvieh stammend.

Kochfleisch	1 Pfd. 0.75 RM.
Bratenfleisch mit Knochen	1 Pfd. 0.85 RM.
„ ohne „	1 Pfd. 1.00 RM.
Rouladenfleisch	1 Pfd. 1.10 RM.
Hammelbraten	1 Pfd. 1.00 RM.
Rostbeef	1 Pfd. 0.85 RM.
Rinderleber, j. Quant. liefert.	1 Pfd. 0.90 RM.

empfiehlt

Hamburger Gefrierfleisch-Halle

Burgstraße 31. Burgstraße 31.

Hurra, die Leipziger sind da!

Treffen am **Mittwoch,** den 6. Juli, vor Lastantzug auf dem Wochenmarkt ein.

Achtung! Achtung!

Gelegenheit! — Kauft:

Schneeweißen Blumenkohl, billigst.	
Prima reife Tomaten	2 Pfund 50 Pfg.
Prima Salatgurken	3 Stück 1.00 Mk.
Neue mehlige Kartoffeln billig, billig!	
Prima goldgelbe Zitronen	10 Stück 60 Pfg.
Gutschmeckende, neue saure Gurken	4 und 5 Stück 50 Pfg.
Neue Matjes-Heringe	5 Stück 50 Pfg.
Prima Schotten-Heringe	10 Stück 55 Pfg.

Ernst Fritzsche, Leipzig.

Dampffärberei,
Chem. Reinigungsanstalt

Walter Aps

empfiehlt sich zum Reinigen und Färben aller Herren-, Damen- und Kindergarderobe.

Fachmännische Behandlung
schnellste Lieferung
billige Preise

Für Sommergäste schnellste Lieferung
ohne Preisaufschlag

Kauft nur bei unseren Inserenten!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270706-18/fragment/page=0004

Beilage zur Harzer Volksstimme.

Nr. 155. Mittwoch, 6. Juli 1927. 2. Jahrgang.

Wernigeröder Angelegenheiten.

Wernigerode, den 5. Juli.

Das Geständnis vor der Polizei.

Das polizeiliche Vernehmungsverfahren. — Umfang und Inhalt des Protokolls. — Keine „unlauteren Kniffe gegenüber dem Angeschuldigten".

Der erfahrungsmäßig häufige Fall, daß Beschuldigte ein vor der Polizei abgelegtes Geständnis vor Gericht widerrufen und infolgedessen mangels weiteren Schuldbeweises außer Verfolgung gesetzt oder freigesprochen werden müssen, gibt dem Preußischen Minister des Innern Veranlassung, in einem Runderlaß an alle Polizeibehörden die wichtigsten Erfordernisse der verantwortlichen Vernehmung und der Behandlung der Geständnisse aufzuführen. Der Amtliche Preußische Pressedienst teilt aus dem Erlaß folgende Bestimmungen mit:

Wenn Beschuldigte auch nicht gezwungen werden können, auszusagen oder gar wahrheitsgemäß auszusagen, so wird es doch meist durch freundliches Ermahnen oder ernstes Zureden neben wohlwollender Behandlung und durch Vorhalten der ermittelten Tatsachen möglich sein, den Beschuldigten zu einer wahrheitsgemäßen Aussage zu veranlassen. Die Anwendung unlauterer Kniffe zur Herbeiführung eines Geständnisses oder ein mittelbarer oder unmittelbarer Zwang, wie seelische Einwirkung in Form von Drohungen oder gar körperliche Zwangsmaßnahmen, sind unzulässig und verboten. Nach § 343 St.G.B. wird ein Beamter, der in einer Untersuchung Zwangsmittel anwendet oder anwenden läßt, um Geständnisse oder Aussagen zu erpressen, mit Zuchthausstrafe bedroht.

Geständnisse haben nur dann Beweiskraft, wenn Tatsachen eingeräumt werden, die den Tatbestand der strafbaren Handlung klar und deutlich erkennen lassen. Das Geständnis soll beshalb nicht kurz in wenigen Worten niedergelegt werden, sondern über die Einzelheiten der Begehung der Tat soll ein eingehendes Protokoll aufgenommen und es sollen möglichst solche Einzelheiten über die Ausführung der Tat aktenkundig gemacht werden, die nur der wirkliche Täter wissen konnte. Wird der Beschuldigte erst durch Vorhaltungen und Fragen zu einem Geständnis veranlaßt, so empfiehlt es sich, auch die Fragen und Antworten zu protokollieren. Die Protokollierung des Schuldbekenntnisses mit den eigenen Worten und Ausdrücken des Geständigen wird stets geeignet sein, die Beweiskraft des Eingeständnisses zu erhöhen. Selbstverständlich muß dem Beschuldigten in allen Fällen Gelegenheit zu ausführlichen Aeußerungen und eigenen Ausführungen gegeben werden, und diese Ausführungen müssen auch in dem von ihm gemeinten Sinn zu Protokoll gebracht werden, so daß also die Aussagen ihm weder in den Mund gelegt werden noch auch in einer den Wünschen des Vernehmenden entsprechenden Auffassung zu Papier gebracht werden darf.

Zum Schluß macht der Minister darauf aufmerksam, daß nicht nur belastende, sondern auch entlastende Momente zu berücksichtigen sind, da nach § 136 Abs. 2 StPO. die Vernehmung dem Beschuldigten Gelegenheit zur Beseitigung der gegen ihn vorliegenden Verdachtsgründe und zur Geltendmachung der zu seinen Gunsten sprechenden Tatsachen geben soll.

Rechtsmittel gegen Urteile der Arbeitsgerichte.

Nach § 9 Abs. 4 des Arbeitsgerichtsgesetzes soll im Verfahren vor den Arbeitsgerichtsbehörden auf den Ausfertigungen der Urteile und der Beschlüsse vermerkt werden, ob gegen die Entscheidung ein Rechtsmittel zulässig und bei welcher Behörde, in welcher Form und innerhalb welcher Frist es einzulegen ist. Die gleiche Vorschrift gilt für Versäumnisurteile, gegen die der Einspruch zulässig ist. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst einer Allgemeinen Verfügung des Preußischen Justizministers, die diese Fragen im einzelnen klärt, entnimmt, ist die Bestimmung darüber, welche Rechtsmittelbelehrung nach diesen Vorschriften in jedem einzelnen Falle zu erteilen ist Sache des Vorsitzenden und von ihm bei der Unterzeichnung der Entscheidung, um deren Anfechtung es sich handelt, zu treffen. Nach § 62, § 64 Abs. 3 ArbG. sind alle Urteile von Arbeitsgerichten oder von Landesarbeitsgerichten, gegen welche Einspruch, Berufung oder Revision zulässig ist, kraft Gesetzes vorläufig vollstreckbar. Mit Rücksicht hierauf enthalten die Urteilsvordrucke für die Arbeitsgerichte und Landesarbeitsgerichte keine Vermerke über Vollstreckbarkeitserklärung des Urteils, da die bereits kraft Gesetzes eintretende Vollstreckbarkeit für eine Vollstreckbarkeitserklärung durch das Gericht keinen Raum läßt. Alle Urteile von Arbeitsgerichtsbehörden sind hiernach ohne weiteres als vollstreckbar anzusehen, ausgenommen allein diejenigen, in denen die vorläufige Vollstreckbarkeit gemäß § 62 Abs. 1 S. 2 ausdrücklich ausgeschlossen ist, sowie die letztgenannten Urteile nach nicht rechtskräftig sind.

Ist der Friedensfleischverbrauch erreicht?

Nach der Aufstellung des Reichsstatistischen Amtes ergibt sich aus den sogenannten beschauten Schlachtungen für das erste Vierteljahr 1927 auf den Kopf der Reichsbevölkerung eine Fleischmenge von 9,59 kg gegenüber 8,89 kg im ersten Vierteljahr 1926 und 9,98 kg im ersten Vierteljahr 1913. Einschließlich des Fleischanfalls aus den nichtbeschauten Schlachtungen (Hausschlachtungen) und unter Hinzunahme des Einfuhrüberschusses von Fleisch stellt sich für das erste Vierteljahr 1927 der Gesamtfleischverbrauch auf 12,80 kg je Kopf der Bevölkerung. Er betrug im ersten Vierteljahr 1926: 12,31 kg und im ersten Vierteljahr 1913: 12,82 kg.

Wenn die Zahlen des Reichsstatistischen Amtes zutreffen, wäre im ersten Vierteljahr 1927 der Fleischverbrauch der Vorkriegszeit erreicht. Diese Feststellung wird von verschiedenen Seiten mit Recht bestritten. Einmal muß man bedenken, daß das Jahr 1913 hinsichtlich des Fleischverbrauchs kein Normaljahr war. 1913 war das Jahr der steigenden Fleischpreise und das Jahr größter Fleischnot. Im Jahre 1913 hat der Fleischverbrauch unter dem Durchschnitt der Vorkriegsjahre gelegen.

Weiter ist auch bei den Berechnungen des Reichsstatistischen Amtes zu berücksichtigen, daß heute höhere Durchschnittsschlachtgewichte für die Schlachttiere eingesetzt werden als 1913. Der fachmännische Mitarbeiter der „Allgemeinen Fleischer-Zeitung" führt darüber folgendes aus: „Die Schweine werden heute mit einem Durchschnittsgewicht von 92 kg in Rechnung gestellt, während 1913 nur 85 kg berechnet wurden. Bei den Rindern wurde 1913 der Durchschnitt mit 250 kg berechnet, heute mit 263,5 kg. Das ist umso auffälliger, als die Qualität und Schlachtreife der Tiere heute doch noch lange nicht die gleiche ist wie vor dem Kriege."

Der fachmännische Mitarbeiter der „Allgemeinen Fleischer-Zeitung" kommt zu dem Schluß, daß Vergleichungen und Folgerungen, wie sie das Reichsstatistische Amt bezüglich des Fleischverbrauchs angestellt hat, durchaus abwegig sind. Der Fleischverbrauch der Vorkriegszeit ist heute bei weitem noch nicht erreicht, obwohl es Auffassung der Wissenschaft ist, daß die heute gegenüber der Vorkriegszeit vermehrte Maschinenarbeit unbedingt höheren Fleischgenuß erfordert.

Rosemarie, die Aufschrift und die Marke.

Wie Hohn grinste Rosemarie die Mahnung „Aufschrift und Briefmarke nicht vergessen" von dem blauen Briefkasten entgegen. Hilflos steckte Rosemarie die schlanken Fingerchen in den Briefkastenschlitz, reckte sich auf die Zehspitzen und versuchte einen Blick aus ihren mandelförmigen Aeuglein in das Dunkle des Kastens zu werfen. Vergebens. Mit leisem Klatsch bumm! war soeben ihr rosa Brieflein im Kasten verschwunden. Geschlagene drei Stunden hatte Rosemarie zum Fertigen des Briefes verwandt. All ihr Sehnen, all ihr Hoffen — heiße Liebe und unerschütterliche Treue hatte sie dem geduldigen Papier anvertraut. Als schließlich sechzehn engbeschriebene Briefbogen vor ihr lagen, das neue Kleid, sowie der Fußboden ringsum mit dunklen Tintenflecken besät waren, ergriff Rosemarie mit zitternden Händen den Briefumschlag, steckte haltig die Bogen hinein, befeuchtete die Umschlagklappe mit dem roten Zünglein, klappte den Brief zu und — Tja, und nun stand Rosemarie vor dem Briefkasten. Der Atem hob und senkte ihre jugendliche Brust. Vergebens zerbricht Rosemarie sich ihr Köpfchen. In ihrem jungen Leben klafft eine Erinnerungsspalte: Hat sie Aufschrift und Briefmarke nicht vergessen? Rosemarie kämpft einen inneren Kampf. Es hängt aber auch allzuviel von der richtigen Besorgung jenes Briefes ab. Ihr Geliebter soll morgen um 6 Uhr an der Normaluhr stehen, und es liegt auf der Hand, daß selbst die findigste Post einen Brief nicht bestellen kann, fehlen auf dem Umschlag Anschrift und Marke. Ueber die eventuelle fehlende Briefmarke macht Rosemarie sich schon längst keine Gedanken mehr. Soll Anton eben Strafporto zahlen, so viel wird ihm die Liebe seiner Rosemarie doch wohl wert sein? wie? Aber die fehlende Aufschrift! Das ist schon bedenklicher.

Während Rosemarie längst beschlossen hatte, das Schicksal seinen Lauf nehmen zu lassen, und im letzten Herzenswinkel die Hoffnung auf einen fürsorglichen Gott setzte, der es mit den Liebenden stets gut meint, steht Anton, der glückliche Adressat jenes Briefes, hinter dem Ladentisch seines Arbeitgebers, bedient einen nörgelnden Kunden und ahnt nichts von den Seelenqualen seiner Geliebten. Seine Nerven sind gespannt, der Kundschaft widmet er heute nicht die notwendige Aufmerksamkeit, sondern denkt nur an den Postboten, der ihm ein Brieflein mit hoffnungsvollem Inhalt bringen muß. Aber letzten Sonntag hatte er mit Rosemarie vereinbart, sie solle ihm brieflich den nächsten Treffpunkt mitteilen.

Als der Postbote die letzte Post ins Haus bringt, ist Anton durch höheren Befehl ins Warenlager beordert worden, und so hört und sieht er nicht, wie ein Kollege den an Anton gerichteten rosa Brief in Empfang nimmt. Der Kollege steckt den Brief in die Tasche, um ihn später Anton aushändigen zu wollen. Aber der Mensch denkt, und wibrige Kobolde lenken Menschengeschicke. Der Kollege vergißt gänzlich den Brief an Anton auszuhändigen.

Am nächsten Tage 6 Uhr steht Rosemarie an der Normaluhr. Um 7.30 Uhr ist Anton noch nicht da und Rosemarie weiß jetzt, daß sie „Aufschrift und Marke" vergessen hat. Betrübt geht sie nach Hause. Abendsdessen sitzt Anton im Kreise seiner Kollegen in einer Kneipe beim Bier. So um Mitternacht holt der vergeßliche Patron plötzlich Rosemaries Brief hervor und bekennt offen und geradeheraus seine Pflichtversäumnis.

„Du Bube", schreit Anton und schlägt schwer die geballte Rechte dem Kollegen ins Antlitz, dieser ein äußerst stämmiger Bursche, ist zunächst verdutzt, dann ergreift er ein Bierglas und schmettert es Anton auf den Schädel. Eine solene Keilerei wird durch die herbeizitierte Schupo beendet.

Heimatgift.

Roman von Carl Conte Scapinelli.

23. Fortsetzung. (Nachdruck verboten).

Dieser Gedanke beruhigte ihn, machte ihn stark. Es schien ihm wieder all sein Tun, all sein Handeln, jetzt, da er Klara begegnen wollte, nur in ihrem Lichte. Sah er die Welt plötzlich mit ihren Augen? War er schon wieder erfüllt von jenem Geiste der Provinz, von jenem Heimatgift, das alle jene verurteilten, die nicht leben wie sie, die Freimarkter; die nicht dieselbe Luft atmeten, wie sie, die nicht dieselbe Stickluft vertrugen?

Und plötzlich, als erriet Professor Pöringer seine Gedanken, meinte dieser:

„Du brauchst dir keine Gedanken zu machen, ob Klara dir deine Flucht verziehen hat! Ich habe ihr ihr braunes Lockenköpfchen schon zurechtgesetzt".

Dann schritten sie durch das große Tor.

Nun standen sie vor der Wohnungstüre. Klara selbst öffnete ihnen.

„Ich hab' euch schon lange erwartet!" sagte sie leise errötend mit glücklich leuchtenden Augen.

Nun trat er endlich wieder in ihr Heim, der böse Ausreißer, der Flüchtling! Aber sie hatte sich vorgenommen, ihm nichts nachzutragen, ihm freundlich zu begegnen, offen ins Auge zu sehen. Er sollte sehen, daß sie ein starkes Mädchen war, das ihren Schmerz stumm tragen und überwinden konnte. Er sollte Achtung haben vor ihr. Dann würde sie seiner würdig werden.

Im Wohnzimmer leuchtete ein knisterndes Feuer aus dem Kamin, der Tisch war freundlich gedeckt.

„Nun werdet ihr aber Hunger und Durst haben nach der langen Sitzung! — Wie ist sie denn ausgefallen?"

Sie fragte es freudig; er war ja wieder da, jetzt war alles gut.

„Bruno hat glänzend abgeschnitten, im Frühjahr darf er den Bau beginnen!" berichtete der Professor.

„Bravo, bravo!" rief sie es fast jubelnd".

Nun wird er kommen, für Monate um sie sein, — dachte sie weiter.

„Ich gratuliere" und sie reichte Bruno die Hand hin, echt kameradschaftlich fest.

Da wagte er ihr zum erstenmal wieder richtig und offen in die Augen zu sehen, in ihre treuen, freundlichen Augen, — sie hatten nichts vom sprühenden Flatterglanz der Augen Magdas, ruhig leuchtend, friedlich, wie zwei Sterne sahen sie ihn an.

Ein liebevoller Blick streifte ihre Gestalt. Ihm schien, als wäre Klara gewachsen, größer, voller, reifer geworden.

Und da sie jetzt das Zimmer verließ, um in der Küche nach dem Rechten zu sehen, folgten ihr seine Blicke.

Das war ein hoheitsvolles, reines Weib, — das war eine feste, gute Frauenseele, das war eine tapfere, mitempfindende Frau!

Warum hatte er das nicht in den letzten Tagen seines Beisammenseins mit ihr bemerkt, warum war Klara ihm, als er Magda in Wien wieder gegenüberstand, unbedeutend, langweilig, provinzmäßig erschienen?

Aber er durfte ihr gegenüber nicht wieder unehrlich sein. Er durfte kein Spiel mit ihr treiben. In Wien band ihn Magda. Freilich, wenn er jetzt von dort fort ging, konnte er mit ihr brechen?

Er hatte ja keinen Grund, keinen Grund, der ihm selber anständig und gerecht erschien. Sie war ihm treu ergeben, sie liebte ihn.

Und plötzlich fielen ihm bei Klara alle möglichen Hausfrauentugenden auf, die er bei Magda vermißte.

Dieser Widerstreit seiner Stimmungen machte ihn einsilbig, nachdenklich, kleinlaut.

„Du bist ja so stumm, heute, da du eigentlich den ersten großen Sieg über die Freimarkter errungen!" meinte Professor Pöringer.

„Weißt du, lieber Pöringer, wenn man endlich das erreicht hat, was man seit Jahren erstrebt, dann erscheint es einem plötzlich klein und nichtig!"

„Pfui, Bruno," rief Klara über den Tisch herüber, „nicht kleinlich sein, nicht mutlos! — So kennen wir dich gar nicht!"

„Nein, wirklich!" begann auch der Professor, „du bist uns immer als Recke erschienen! Freu dich des Sieges! Das darfst du! Oder denkst du schon des nächsten Kampfes?"

Ja, er dachte des kommenden Kampfes, des Kampfes in seiner Seele, wo sich zwei Gegner gegenüberstanden, Magda und Klara, und neben jeder ein echter, ehrlicher Bruno, der mitstritt.

„Es ist nichts, Kleines, Bruno, seiner Stadt die Gesundheit zu schenken!" meinte Pöringer.

„Aber noch mehr ist es, wenn man den Menschen, sich selbst — den Frieden geben kann!"

„Vom Frieden spricht du, Bruno, — der Frieden folgt nach dem Kampf, nach dem Sieg!" antwortete der alte Professor.

Auch Klara deutete sich ihres Vaters Worte in ihrem Sinne.

Nach und nach hob sich die Stimmung Brunos, da er sich von zwei so treuen, ehrlichen Menschen umgeben sah. Er mußte, die sorgten sich für ihn, die freuten sich mit ihm, die quälten und ängstigten sich nur seinetwegen.

Plötzlich fühlte er, er dürfte auch jetzt, ohne Magda untreu zu sein, ohne Klara nahezutreten, ohne mit ihr zu spielen, ihr offen in die lieben Augen sehen.

Und in dem er dem Professor und dem Mädchen rechts und links seine Arme hinhielt, sagte er:

„Habt Dank, Kameraden!" und dann nahm er sein Weinglas und hob es hoch:

„Weiß Gott, Ihr seid mir die liebsten, treuesten Menschen! Und wie Ihr immer denken mögt, ich weiß es zu schätzen!"

Der Vater hatte sich dann aufs Sofa gestreckt, während Klara ans Klavier getreten war, um einige heitere Sachen zu spielen.

Die Töne jagten und überschlugen sich, jauchzten und lachten! Hinter der Spielerin stand Bruno, ihm war, als müßte dieses Meer lustiger Töne ihn begraben, seine Gedanken ersticken, seine Zweifel bannen, als müßten sie ihm den Frieden geben.

Quoll da aus diesen Tonwellen nicht Klaras reine Seele ihm entgegen? Warb sie nicht damit um ihn?

Er durfte und konnte sich ihr nicht vermählen, denn er war nicht rein wie sie, in ihrem Sinne. Er durfte heute nicht der ihre sein.

Wieder quellen und sprudeln die Töne, leise pfeift der Alte dazu. Tief ergreift es Bruno, ihm ist, als müßte er ihr sagen: „Was dort in Wien ist, gibt es nicht mehr für mich, ich gehör nur dir! Was dort mich lockt und ruft, muht du in mir töten! Ich bin nur dein, ich, der bessere, der tapfere Bruno!"

Er neigt sich zu ihr, er blättert ihr das Notenblatt um: „Klara", flüstert er ihr ins Ohr, — und sie errötet leise, während ihre Finger, ihre Seele die Töne zu einem Jauchzen und Jubeln ansteigen lassen.

Da, ein Klingen der Schelle! — Es läutete draußen. Eine kurze, jähe Unterbrechung.

„Ein Telegramm für Herrn Merk." Die Magd reicht es ins Zimmer.

Alle schauen gespannt auf ihn, da er es mit zitternden Fingern aufreißt.

Aber schon wirft er es auf den Tisch.

„Ein Gutenachtkuß von Magda" steht darinnen. Er lacht böse; das ist ihr ganzes Wesen. Eine läppische Aufmerksamkeit, eine dumme Verliebtheit!

Eine böse Warnung. — Er ist bleich geworden. „Doch nichts Unangenehmes, Bruno?"

Vater und Tochter fragen es zugleich.

„Ein dummer Scherz nur, der mir den Abend verdorben!"

Und unwillkürlich sieht Klara auf das am Tische liegende Telegramm. Die vier Worte brennen ihr in die Augen; schnell zerknüllt Bruno das Blatt.

Ein Himmel voll jauchzenden Glücks fällt über Klara ein. — Also doch? — Und als er sich schnell empfiehlt, schnell das Zimmer verläßt, sieht sie ihm mit tränenfeuchten Augen nach.

„Ist das möglich", sie kann es nicht verstehen. Dieser stolze Mann soll Magda wieder verfallen sein, — soll ihr verlorengehen? — „Ist das möglich?" Und in tiefer Erregung schüttelt sie nur immer wieder den Kopf.

Es gibt Dinge, die ein reines, unschuldiges Mädchen nicht fassen, nicht verstehen, nicht vergeben kann.

Bruno stürmte hinaus. Er hatte sich darüber in der Erregung nicht einmal Rechenschaft gegeben, daß sein plötzliches Fortgehen Pöringer und seiner Tochter auffallen mußte.

So hatte ihn das Telegramm Magdas, das eine Aufmerksamkeit sein sollte, aus Himmeln gerissen, aus dem Paradiese vertrieben, in dem er glaubte, jetzt geborgen zu sein.

Als er die große Schloßrampe herabeilte, pfiff ihm warm und weich der Südwind entgegen, der Tauwetter, März und Frühling ankündigte.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270706-18/fragment/page=0005

An sich wäre dieser Fall vielleicht belanglos und höchstens als der zahlreichen seltsamen Zufälle aus dem Leben Liebender zu buchen, aber wie gewöhnlich das sogenannte dicke Ende bei allen scheinbar harmlosen Dingen nachkommt, so auch hier. Anton wurde vor ein hochnotpeinliches Gericht zitiert. Vollkommen gebrochen nahm er alle Schuld an dem Streit auf sich, obwohl der gerecht denkende anderer Meinung sein wird. Anton hat seine Stellung, und, was schwerer wiegt, seine Braut verloren. Mit echt weibischer Logik hat Rosemarie behauptet, Anton habe ihre 16 Seiten Liebesgeflüster ignoriert. Von ihrem inneren Zweifel wegen „Aufschrift und Marke" hat sie nichts verraten. Heute weiß sie ganz genau, daß sie nichts vergessen hat. Sie ist jetzt die bestverlobte Braut jenes Mannes, den Anton im Zorn die Faust ins Antlitz schlug.

Anton wurde wegen Körperverletzung mit einer Geldstrafe belegt. Er ist heute ein Frauenhasser. Bartolus.

Ortsausschuß der Gewerkschaften.

Zu Beginn der Sitzung teilte der Vorsitzende mit, daß für 80 preußische Jugendleiter in Berlin während der Zeit vom 1.—13. August ein Kursus stattfindet. 20—30jährige ledige Jugendleiter sollen zugelassen werden. Nähere Mitteilungen gehen den Teilnehmern direkt zu. Vom Baugewerksbund soll ein Teilnehmer benannt werden. Die Beihilfesrage sollen Ortsausschußvorstand und Baugewerkschaft regeln. Die Bank für Arbeiter und Angestellte wünscht Einrichtung eines Postscheckkontos am Orte, um die überflüssigen Gelder dieser Bank zuzuführen. Die Bauarbeiterschutzkommission mußte an Fr. Lange, Magdeburg, Gr. Münzstr. 3, (Landesbauarbeiterschutzkommission) melden, wer die Leitung hat. Ferner sollen die Bautenkontrollen wieder aufgenommen werden. Die anzufordernden Fragebogen sollen einen Ueberblick über den Bauarbeiterschutz insgemein geben.

Ein Arbeitsgericht wird in Wernigerode nicht errichtet, sondern unser Wirtschaftsgebiet ist Halberstadt angegliedert. Der Vorsitzende gibt einen Ueberblick von der Tagung der zukünftigen Beisitzer des Arbeitsgerichts in Halberstadt. Bekanntlich sind die Arbeitsgerichte am 1. Juli in Tätigkeit getreten, hoffentlich werden die Beisitzer von Anfang an Sorge dafür tragen, daß ein sozialer Zug bei der Rechtsprechung vorherrscht. Die Aufgaben des Beisitzers sind gerade hier sehr wichtig, da dem Vorsitzenden (Amtsrichter an ordentlichen Gerichten) eine Praxis in Arbeitsrechtsfragen meistens völlig fehlt.

Wernigerode stellt zwei Beisitzer und zwar die Gen. Foltis und Otto. In der Aussprache wurde starkes Befremden darüber zum Ausdruck gebracht, daß der auch von hier vorgeschlagene Schlichtungsausschußvorsitzende Dr. Bachmann, nicht berücksichtigt wurde als Vorsitzender des neuen Arbeitsgerichtes.

Der Revisionsbericht der Monopolverwaltung wurde dann zur Kenntnis gegeben. Die Vorarbeiten zum Gewerkschaftsfest sind rüstig vorgeschritten. Der Festbeitrag beträgt 30 Pfg. Das Kinderfest wird in der altbekannten Weise begangen. Abends findet die Feier ihren Abschluß im „Monopol" bei einem Eintrittspreis von 75 Pfg. Das Gewerkschaftsfest findet nur bei günstigem Wetter am 24. Juli statt und wahrscheinlich im Salzberg. Die Hafferöder Genossen wünschen das Fest auf dem Kuhborn abzuhalten. Kein Gewerkschaftler sollte nun vergessen, seine Kinderfest anzumelden. Auch die Anfrage des „Roten Frontkämpfer-Bundes", warum deren Kapelle beim Gewerkschaftsfest nicht mit zum Spielen aufgefordert wurde, wurde festgestellt, daß das Verhalten der „Roten Frontkämpfer beim Jugendtreffen des Metallarbeiter-Verbandes nicht einwandfrei war. Da die Reichsbannerkapelle es ablehnt, mit den Frontkämpfern zusammen zu spielen, dürfte die Frage als erledigt betrachtet werden. Die Beschlüsse der Gewerkschaftskommission werden schließlich vom Ortsausschuß aufgeheißen gegen eine Stimme.

Gegen die Handhabung des Stempels auf dem Arbeitsnachweis wird Beschwerde geführt, da man einseitig politische Standpunkte dabei hervorkehre. Weiter wird bemängelt, daß auf dem Flugplatz die baupolizeilichen Vorschriften inbezug auf Abortverhältnisse nicht eingehalten wurden. Zur ersten Frage wurde nachgewiesen, daß die Vorschriften nicht beachtet worden seien; infolgedessen seien die Abzüge gerechtfertigt gewesen, obwohl die schriftliche Begründung des Landrats anders hätte lauten können. In der zweiten Beschwerde weist der Vorsitzende nach, daß die Schuld nicht am Ortsausschuß liegt, sondern an den Arbeitern selbst, die nicht den Weg zur Organisation finden. Schluß der Sitzung 12 Uhr.

— **Schrebergarten-Verein E. V.** In der letzten Kommissionsmitglieder-Versammlung wurde die Veranstaltung eines Gartenfestes beraten. Es ist hierfür der 14. August vorgesehen. Die Anmeldungen, namentlich der Kinder, die bereits in großer Zahl stattgefunden haben, können noch bei den Obleuten erfolgen. Mitte Juli findet eine Mitglieder-Versammlung statt, in der alles Nähere bekanntgegeben und in der Rektor Voigt einen Vortrag mit Lichtbildern über „Obst- und Gemüsebau" halten wird. Alle Schrebergärtner sollten diese Versammlung besuchen.

— **Der Wahre Jakob.** Am nächsten Sonnabend erscheint der „Wahre Jakob" wieder in neuem Gewande zum Preise von 30 Pfennig bei 14tägiger Erscheinung. Unsere Leser können noch im Laufe der Woche, spätestens bis Mittwoch abend, Bestellungen hierzu bei den Zeitungsboten aufgeben, welche auch die Zustellung der Zeitschrift besorgen.

— **Glasschneider an der Arbeit.** In einer der letzten Nächte sind von Bubenhänden eine Reihe von Geschäftsleuten dadurch schwer geschädigt, daß ihnen mit einem Glasschneider die Schaufensterscheiben zerschnitten wurden. Anscheinend sind die Uebeltäter halbwüchsige Burschen, auf welche die Bevölkerung ihr Augenmerk richten sollte.

* **Ist der Gartenbaubetrieb gewerbesteuerpflichtig?** (Nachdruck verboten). Abweichend von der früheren Rechtsprechung hat das Oberverwaltungsgericht angenommen, daß der Gartenbau und zwar sowohl die Kunst- als auch die Handelsgärtnerei nach der Gewerbesteuerverordnung vom 23. November 1923 nicht als gewerbesteuerpflichtig anzusehen sei, und u. a. ausgeführt, aus § 3 (1) der erwähnten Gewerbesteuerordnung sei zu folgern, daß der Gartenbau, wozu auch die Kunst- und Handelsgärtnerei zu rechnen sei, nicht gewerbesteuerpflichtig sei. Die Befreiung erstrecke sich auch auf den Vertrieb von selbstgewonnenen Erzeugnissen, welche in rohem Zustande oder verarbeitet verkauft werden, die im Bereiche des fraglichen Erwerbszweiges liegen. Die Aufzucht selbstgewonnener Pflanzen zu fertigen Pflanzen liege im Rahmen der Kunst- und Handelsgärtnerei. Die Gewerbesteuer sei aber dann zu entrichten, wenn fremde Erzeugnisse zugekauft und ohne oder nach Verarbeitung weiterverkauft werden. Werden hingegen selbstgezogene Pflanzen veräußert, so trete die Gewerbesteuerpflicht nicht ein, möge Kunst- oder Handelsgärtnerei vorliegen. (VIII. G. St. 190. 26).

* **Wann ist Nachtarbeit in Bäckereien erlaubt?** (Nachdruck verboten). Die Verordnung vom 23. November 1918 verbietet grundsätzlich die Nachtarbeit in Bäckereien und Konditoreien. Ausnahmen sind nach § 27 l. c. zugelassen, wenn Arbeiten in Betracht kommen, die zur Behütung des Verderbens von Rohstoffen oder des Mißlingens von Arbeitserzeugnissen erforderlich sind. Abgesehen hiervon können nach § 7 die Gewerbeaufsichtsbeamten auf Antrag unter dem Vorbehalt des Widerrufs die Vornahme von Backarbeiten während der Nachtzeit gestatten. A. hatte zwischen 4 und 5 Uhr früh übergelaufenen Teig in die Teigschüssel zurückgedrückt. Die Strafkammer erachtete einen Notstand für vorliegend. Das Oberlandesgericht nahm jedoch an, daß § 7b der Verordnung vom 23. November 1918 nicht anwendbar sei, und führte u. a. aus, es liege eine Genehmigung des Gewerbeaufsichtsbeamten, welche erforderlich sei, nicht vor und konnte auch in Fällen der vorliegenden Art nicht eingeholt werden. Es sei aber dem Angeklagten § 2 der oben erwähnten Verordnung zuzubilligen, sofern mit dem Verderben von Rohstoffen oder dem Mißlingen von Arbeitserzeugnissen zu rechnen sei. Diese Auffassung finde eine Stütze in § 105c der Reichsgewerbeordnung, wonach selbst an Sonntagen Arbeiter, Gesellen beschäftigt werden dürfen, um Arbeiten auszuführen, damit verhütet werde, daß Rohstoffe verderben oder Arbeitserzeugnisse mißlingen. Dürfe der Arbeitgeber unter diesen Umständen seine Leute beschäftigen, so könne es ihm auch nicht verwehrt werden, derartige Arbeiten selbst vorzunehmen. (2. S. 75. 26.)

Kreis Wernigerode.

Röschenrode, 5. Juli. (Parteiversammlung der SPD.) Am Freitag, den 8. Juli, abends 8 Uhr, findet in der Klause eine Mitgliederversammlung der sozialdemokratischen Partei statt. Genosse Schütte-Halberstadt gibt u. a. den Bericht vom Parteitag in Kiel. Zu dieser Versammlung sind auch alle Freunde und Gönner unserer Partei eingeladen.

— (Gemeindevertretersitzung). In dem gestrigen Bericht ist ein Fehler enthalten: Beschlossen wurde für den Ausbau der ehemaligen Kornbrannntweinbrennerei nicht 3000 Mk. als Darlehen, wie beantragt, aufzunehmen, sondern 10 000 Mark. Damit werden neben den 26 durch Neubauten geschaffenen Wohnungen weitere 10 neue Wohnungen errichtet. Im ganzen sind es also 36. Als Hilfshöffe wurde nicht Tischlermeister Vogelring, sondern Powering gewählt.

Aus Halberstadt.

* **Frauengruppe SPD.** Am Mittwoch, den 6. Juli, nachmittags 3 Uhr, treffen sich alle Genossinnen zu einem gemütlichen Beisammensein in der Molkenmühle. Um recht zahlreiche Beteiligung wird gebeten. Treffpunkt Ecke Süd- und Spiegelstraße.

* **Arbeiter-Wohlfahrt.** Heute Dienstag abend müssen alle Helferinnen im Gewerkschaftshaus erscheinen.

* **Arbeiter-Wohlfahrt.** Donnerstag letzter Tag der Anmeldung zur Ferienwanderung. Wer sich nicht anmeldet, kann später nicht mitwandern. Anmeldungen im Büro des Lederarbeiterverbandes, Bakenstraße 63.

* **Hunsfahrten.** Nach Fertigstellung der Pflasterarbeiten auf der Straße zum Huy zwischen Halberstadt und Wegscheide Hunsburg fährt der Postomnibus wieder nachm. ab 14 Uhr vom Postamt bis zur Wegscheide Hunsburg. Rückfahrt 19 Uhr ab Sargstedt, Postagentur. Die bisherige Fahrt nach Sargstedt 14 Uhr fällt weg.

— **Eine Kindesleiche gefunden.** In der Feldflur am Eselsstieg ist gestern nachmittag in einem Weizenstück eine Kindesleiche (Frühgeburt, etwa 6—7 Monate alt) gefunden worden. Diese hat anscheinend schon einige Tage dort gelegen. Die Ermittlungen nach der unbekannten Kindesmutter sind aufgenommen.

* **Der Touristen-Verein „Die Naturfreunde"** ist diejenige Organisation, die durch ihre Einrichtungen der werktätigen Bevölkerung das Wandern und Reisen erleichtert. Neben zur geleiteten Zeitschriften, die jedem Mitglied zugestellt werden, hat der Verein mehr als 300 Ferien- und Wanderheime in Deutschland, Oesterreich und der Schweiz errichtet. In fast allen Ländern Europas, ja selbst in Amerika haben sich naturfrohe Menschen zusammengefunden und insgesamt 1800 Ortsgruppen gebildet. Um nun der schaffenden Bevölkerung das Wandern und Reisen in den verschiedenen Ländern, in den Mittelgebirgen sowohl wie in den Alpen zu erleichtern, ging die Reichsgruppe Deutschland dazu über, in allen größeren Orten Deutschlands eigene Ferien-Reise- und Wanderauskunftsstellen zu errichten. In diesen Stellen wird über alle Fragen, die den Ferienreisenden und Erholungsuchenden interessieren, Auskunft erteilt. Man erfährt näheres über die schönsten und lohnendsten Wanderungen, über Führer- und Kartenwerke der zu besuchenden Gebiete, über Unterkunfts- und Verkehrsverhältnisse usw. Die Zentralauskunftsstelle befindet sich bei der Reichsleitung des Touristen-Vereins „Die Naturfreunde", Nürnberg, Webergasse 1. Hier am Ort befindet sich die Auskunftsstelle bei Otto Scharf, Halberstadt, Peterstilienstraße 12.

Aus Quedlinburg.

— (SPD.-Versammlung.) In der Mitgliederversammlung am 1. d. Mts. gab Gen. H. Lotz-Aschersleben den Bericht vom Parteitag. Er gab einen sehr ausführlichen und objektiven Bericht und ging die einzelnen Verhandlungspunkte tiefgehend durch: Vorstandspunkt, Agrarprogramm usw. Besonders betonte er die Parole Hermann Müller's „Heran an das Volk" und Hilferdings „Heran an den Staat". In der Diskussion sprachen die Gen. Schuchardt jr., Hort und Damm. In längeren Ausführungen trat Schuchardt für Oppositionspolitik ein. Dann sprach er zum Sachsenkonflikt, Nietsch und Nelson. Während man die Nelsonhändler, ohne sie zu hören, ausschließt, bleibt der völkische Nietsch in der Partei. Während Hort zum Agrarprogramm sprach, schnitt Damm die Altersfrage der Arbeiterjugendmitglieder an. Alsdann nahm Gen. Lotz das Schlußwort. —

Aus Thale.

— (Frauenversammlung SPD.) Morgen abend 8 Uhr bei Schinkel Frauenversammlung. Es soll über die Kyffhäuserfahrt verhandelt werden.

Kreis Quedlinburg.

Nachterstedt, 3. Juli. (Unglücksfall durch ein scheuwerdendes Pferd). Der auf der Grube „Concordia" beschäftigte Geschirrführer Karl Wegener war gestern morgen mit dem Nachharken mittels Pferderechen beschäftigt. Auf unaufgeklärte Weise ging das Pferd durch und Wegener fiel hinten über, blieb aber mit den Beinen hängen und wurde mehrere hundert Meter mitgeschleift. Mit erheblichen, wenn auch ungefährlichen Verletzungen wurde er aufgehoben und nach Anlegung von Verbänden in seine Wohnung gebracht.

Hedersleben, 4. Juli. (Tod eines Einsiedlers.) In unserem Orte starb in der vergangenen Woche ein alter Mann. Dieser führte lange Jahre hindurch ein Einsiedlerleben. Um beim Tode seinen Angehörigen keine Unkosten zu machen und sein Geld noch nützlich anzulegen, ließ er sich vor Jahren schon einen Sarg machen. Ihn stellte er mitten in seine Stube, damit er ihn immer vor Augen hatte. Darin bewahrte er seine Wäsche und Kleidungsstücke auf. Jetzt hat man ihn selbst hineingelegt, damit er vor diesem Elend hier auf Erden selbst gut aufbewahrt ist. Bei Lebzeiten hat er sich schon immer geäußert, ohne Pastor und Glockengeläut begraben zu werden. Diesen Wunsch hat man ihm auch erfüllt.

Weddersleben, 4. Juli. (Versammlung der SPD.) Am Sonnabend abend fand im „Schwarzen Adler" unsere Parteiversammlung statt. Zunächst gab Gen. Lotz-Aschersleben den Bericht vom Parteitag in Kiel. In 2½stündigen Ausführungen wurde vom Gen. Lotz die Arbeit des Parteitages dargelegt. Die Versammlung spendete am Schluß lauten Beifall für den trefflichen Vortrag. Sodann gab Gen. Weidling den Bericht von der letzten Gemeindevertretersitzung. Der Haushaltsplan unseres Ortes schließt in Einnahme und Ausgabe mit 87 900 Mk. Als Zuschläge werden erhoben: für die Grundvermögenssteuer 150 Prozent für den bebauten Besitz und 200 Prozent für den unbebauten Besitz; Zur Gewerbesteuer werden 400 Prozent Zuschlag nach dem Ertrag und Kapital erhoben. Die Hundesteuer und Wächtersteuer bleiben genau so wie im Vorjahre. Es ist also gegen das Vorjahr keine Erhöhung eingetreten. Mit Rücksicht auf die Nachveranlagung der Gewerbesteuer für die Rechnungsjahre 1925 und 1926 sind durch Beschluß der Gemeindevertretung 100 Prozent niedergeschlagen. Die Kosten für die Verschaffung im Spritzenhause wurden bewilligt, ebenso ein paar Ruhebänke zur Verschönerung des Friedhofs. Die Kosten für den Delegierten für den Provinzialfeuerwehrverbandstag wurden ebenfalls bewilligt. Dem Antrag auf Erhöhung des Gehalts für die Handarbeitslehrerin wurde stattgegeben. Die Uferbefestigungsarbeiten am Wittenberg-Wehr sollen öffentlich ausgeschrieben werden. Dann wurde noch auf das am 21. August d. Js. stattfindende Parteifest des Unterbezirks in Suberode hingewiesen. Festabzeichen zum Preise von 50 Pfg. sind beim Gen. Bausing erhältlich. Es wurde darauf hingewiesen, daß im Interesse der guten Sache restlose Beteiligung erforderlich ist. Weiter wurde eine nochmalige Autopartie angeregt. Mit Rücksicht auf die Kürze der Zeit soll als Abschluß für dieses Jahr eine Halbtagstour ins Selketal unternommen werden. Das Nähere wird noch durch ein Rundschreiben bekannt gegeben.

Kreis Oschersleben.

Schlanstedt, 5. Juli. (Vater Menge †.) Am Sonntag wurde unser Genosse Vater Wilhelm Menge zur letzten Ruhe bestattet. Ein schmerzlicher Verlust trifft durch seinen Tod nicht nur seine Familie, sondern auch der Sozialdemokratischen Partei im Kreise. Unser Vater Menge war nicht nur ein guter Familienvater, der in seinem Beruf ganz aufging, sondern er war auch ein treuer Anhänger unserer Partei seit vielen Jahren. Er war in seinem Leben nie ein wilder Stürmer, alles was er tat, geschah aus ruhiger Ueberlegung und Ueberzeugung. Seine Ueberzeugung hielt ihn aber auch nie wankend werden. Für sie stritt er wie ein Held, selbst auch dann, wenn man ihn in seiner Existenz bedrohte. Von seiner politischen Anschauung machte er nie Aufhebens und drängte sich nie vor. Aber in schlichter Weise vertrat er seinen Standpunkt, wenn seine Ueberzeugung und die Partei angegriffen wurde. Durch sein schlichtes, treues Wesen hat er sich nicht nur allein bei unsern Parteianhängern, sondern in der gesamten Bevölkerung hohes Ansehen errungen. Das bewies die große Zahl Leidtragender, die ihn zur letzten Ruhestätte begleiteten. Vater Menge genoß weit über die Ortsgrenzen hinaus hohes Ansehen. Die Todesnachricht kam überraschend, denn er war trotz seines Alters wie eine knorrige Eiche. Konnte ihn doch einer brechen? Ein herber Verlust bedeutet sein Tod für alle, die ihn kannten und achteten. Daß er geachtet wurde, beweist wohl die Tatsache, daß ihm seine Sangesbrüder 17 Jahre lang bis zu seinem Tode den Posten des Vorsitzenden übertrugen. Ebenfalls haben ihn die Genossen den Vorsitz in der Partei übertragen, als auch in Schlanstedt eine wilde, scheinbare kommunistische Bewegung sich breitmachte. Er blieb mit Wenigen seiner Ueberzeugung und der Partei treu, der er sich schon vor dem Kriege zugewandt hatte. Darum hat die Partei durch seinen Tod viel verloren, aber sein treues Vorbild wird für die Jüngeren ein Ansporn sein, und sein Geist wird weiter leben. Vater Menge ruht nun in der stillen Gruft, aber Viele werden seiner stets gedenken. Vater Menge, ruhe in Frieden!

Provinz und Nachbarstaaten.

Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in der Provinz Sachsen.

Der Ausschuß zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hat in seiner letzten Sitzung in Merseburg, den Stadtmedizinalrat von Halle, Dr. Schnell an Stelle des nach Berlin berufenen Professors Dr. von Drigalski hinzugewählt. — Der Vorsitzende, Landeshauptmann Dr. Hübener erstattete darauf Bericht über die Kurse, die für Aerzte und Lehrer zur Schulung für Warnungsvorträge vor abgehenden Schülern und Schülerinnen stattgefunden haben. Solche Kurse sind vom Februar 1926 ab zweimal in Halle und je einmal in Erfurt, Stendal, Halberstadt, Torgau und Magdeburg abgehalten worden. In Hamburg hat der Vorsitzende selbst in der Hauptversammlung des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege einen Vortrag über „Die gesetzliche Regelung der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten" gehalten. Für die Aufführungen des Aufklärungsstückes „Olaf", über welches s. Zt. in der gesamten Provinzpresse ausführlich berichtet wurde, hat der Ausschuß einen Zuschuß von 5000 M gewährt. Bisher ist das Stück in 30 Orten der Provinz Sachsen aufgeführt worden. Ferner wurde noch mitgeteilt, daß die Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt die kostenfreie Behandlung auch für nichtversicherte Geschlechtskranke wieder durchführt, soweit sie nicht selbst in der Lage sind, die Kosten zu tragen. Dr. Schnell-Halle berichtete anschließend über die Erfahrungen bei den Lehrgängen zur Schulung für Warnungsvorträge. Es hat sich ergeben, daß die Kurse mit kleinen Teilnehmerzahlen die besten Ergebnisse hatten, da die so schwierigen Taktfragen eine besonders persönliche Aussprache erfordern. In der Debatte wurden die pädagogischen Schwierigkeiten dieser Arbeit eingehend beraten. Die Besprechung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vom 18. Februar 1927 ergab, daß sich für die Provinz direkte Aufgaben aus dem Gesetze nicht ergeben. Es ist jedoch stark auf die Freiwilligkeit in Meldung und Behandlung eingestellt. Dadurch gewinnen Belehrung und Aufklärung erhöhte Bedeutung. Die Provinz wird dem Rechnung tragen müssen durch Anregung der Bezirksfürsorgeverbände zu solcher aufklärenden und belehrenden Arbeit; es wird ferner angebracht sein, mit den Richtern Fühlung zu nehmen über die hygienischen und fürsorgerischen Ziele des Gesetzes und endlich mitzuhelfen bei der Schaffung eines lückenlosen Netzes von Beratungsstellen. In der Besprechung kam zum Ausdruck, daß man örtliche Arbeitsgemeinschaften für besonders zweckmäßig hält. Der Anschluß an die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten wurde dadurch vollzogen, daß sich der Ausschuß (zur Vermeidung von Ueberorganisation in seiner jetzigen Form) gleichzeitig als Provinzialstelle konstituierte. Im

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270706-18/fragment/page=0006

kommenden Jahre wird die praktische Aufklärungsarbeit in der Provinz durch Anregung der Vortragstätigkeit, Beschaffung von Ausstellungsmaterial und Einrichtung von Lehrgängen für Richter verstärkt werden.

Fraktionssitzung zur Verbandsversammlung des Sparkassen- und Giroverbandes.

Die sozialdemokratischen Teilnehmer zu der am 7. Juli stattfindenden Verbandsversammlung des Sparkassen- und Giroverbandes der Provinz Sachsen, Anhalt und Thüringen treffen sich zu einer Fraktionssitzung am 6. Juli schon um 14½ Uhr im Hotel „Weißer Bär" (Vereinszimmer), Magdeburg, Weinkaßstraße 6.

Mit Parteigruß!

Provinzausschuß für Kommunalpolitik. J. A.: Gustav Ferl.

Gernrode, 4. Juli. (Ende der Zündholzindustrie.) Nunmehr hat auch die zweite Gernroder Streichholzfabrik ihren Betrieb eingestellt. 150 Arbeiter wurden dadurch brotlos. Die Zündholzindustrie des Ostharzes hat damit völlig aufgehört.

Stiege, 3. Juli. (Den eigenen Besitz angezündet.) In der Donnerstagnacht brach gegen Mitternacht im Stalle der Gastwirtschaft Burgstieg Feuer aus. Trotzdem die Feuerwehr schnell zur Stelle war, konnte sie nicht verhindern, daß auch der Gasthof, von dem Feuer ergriffen wurde. — Der Stall in dem das Feuer entstanden war, ist völlig niedergebrannt; der Saal und das Gastzimmer sind ausgebrannt. — Auch sonst ist das Haus schwer beschädigt. Das Mobilar konnte gerettet werden. Die Soldaten einer zurzeit hier in Quartier liegenden Reichswehrkompagnie aus Quedlinburg griffen bei der Löschung des Brandes tüchtig zu. Auch die Motorspritze aus Hasselfelde und die Kreismotorspritze aus Blankenburg kamen zur Hilfe. — Von den ebenfalls rasch anwesenden Landjägern wurde der Besitzer des Gasthofes, Schomburg, nach kurzem Verhör für verhaftet erklärt, und in das Kreisgefängnis nach Blankenburg eingeliefert. Ob sich der Verdacht, daß er selber das Feuer angelegt hat, bestätigen wird, wird die Untersuchung ergeben.

Clausthal, 4. Juli. (Die Heidelbeerernte) im Oberharz verspricht in diesem Jahr nicht besonders gut zu werden. Welsch haben die Sträucher unter der feuchten und kalten Witterung gelitten. Wenn der Juli mehr Sonne bringt, dürfte immerhin eine mittlere Ernte zu erwarten sein.

Goslar, 3. Juli. (Der Senf auf der Straße). Als ein junger Mann auf einem zweirädrigen Karren einen Kübel Senf durch die Bahnhofstraße fuhr, fiel dieser beim „Niedersachsen" herab, so daß der Deckel zertrümmert wurde und der Inhalt auf die Straße floß. Kurz entschlossen beförderte der junge Mann den kostbaren Senf mit Hilfe der Hände und des Deckels in den Kübel zurück und konnte dann bald unter der Heiterkeit der Passanten seine Fahrt fortsetzen.

Halle, 3. Juli. (Die Bisamratte) ist im Laufe der Saale bis unmittelbar vor Halle gelangt. Jetzt wurden in einem Saalearm von dem Förster des Zimmermannschen Rittergutes zwei Bisamratten geschossen.

Schneidlingen, 3. Juli. (Einsturz einer Wand). Donnerstag mittag stürzte eine Seitenwand vom Hause der Witwe Martha Bierschenk, Küstergrube, plötzlich ein. Das Haus sollte überholt werden. Der bei den Abbruchsarbeiten mit helfende Sohn wurden von den Steinen verschüttet konnte jedoch bald wieder aus seiner mißlichen Lage befreit werden und seine Verletzungen waren glücklicherweise nicht schwer.

— (Glück im Unglück) hatte der Feldhüter K. Schmidt von hier. Als er vor einigen Tagen durch das Dorf fuhr, sein Kind vor sich auf dem Rade, brach plötzlich beim Durchfahren einer Gosse die Vordergabel. Vater und Kind stürzten, glücklicherweise ohne irgendwelchen Schaden zu nehmen.

Sangerhausen, 3. Juli. (Vierhundert Hühner gestohlen.) In dem Harzdörfchen Rikarsdorf, Rittergutsverwaltung des Freiherrn von Eller-Eberstein seit mehreren Jahren eine große Geflügelfarm eingerichtet. In den letzten Wochen sind in dieser Geflügelfarm mehrere Einbrüche verübt worden. Die Täter haben insgesamt 410 Junghennen mitgenommen, und zwar weiße amerikanische Legehorn, rote Rhodeländer und rebhuhnfarbige Italiener. Man vermutet, daß die Tiere zu Zuchtzwecken weiterverkauft werden.

Magdeburg, 3. Juli. (Die Feuerwehr fängt einen Bienenschwarm). Am Freitag nachmittag hatte sich ein Bienenschwarm unter dem Balkon des Hauses Heiligegeiststraße 10 häuslich niedergelassen. Viele Leute standen herum und wußten keinen Rat. Die Feuerwehr mußte wieder das Mädchen für alles spielen. Gegen 4.30 Uhr rückte sie an und fing den Bienenschwarm mit Hilfe eines erfahrenen Imkers wieder ein.

Gardelegen, 3. Juli. (Einbruch in das Finanzamt). Hier haben Einbrecher dem Finanzamt einen Besuch abgestattet, in der Absicht, die Kassenräume zu sprengen. Zwei Geldschränke wurden von ihnen mit Bohrern und Knabberern erbrochen. Hierbei fiel ihnen ein Geldbetrag von 500 Mark in die Hände.

Dessau, 3. Juli. (Ein falscher Kriminalbeamter). Bei einem Landwirt in Niederleipte erschien vor einigen Wochen ein Mann, der sich als Kriminalbeamter ausgab und sich erbot, dem Landwirt in einer Prozeßsache behilflich zu sein. Er ließ sich für seine Bemühungen einmal 6 RM. und dann 21 RM. geben. Später stellte es sich heraus, daß der Landwirt einem Betrüger in die Hände gefallen war. Der angebliche Kriminalbeamte, der sich „Marx" nannte und in Dessau angestellt und wohnhaft sein wollte, ist hier unbekannt. Er ist etwa 40 bis 50 Jahre alt, 1.70 Meter groß, von schlanker Figur, dunkelblondem Haar, glatt rasiert, großer Nase und war bekleidet mit dunkelkariertem Anzug, braunem Filzhut, Umlegekragen und schwarzen Schnürschuhen.

— (Als Leiche gefunden). Am 27. Juni hatte sich die Witwe Berta Rummel, Friedhofstraße wohnhaft, aus ihrer Wohnung entfernt. Jetzt wurde sie als Leiche in der Nähe der Tetralinwerke aus der Elbe gezogen. Schwermut wird die Frau in den Tod getrieben haben.

Bitterfeld, 3. Juli. (Hundert Glas Bier pro Nase und Monat). Eine interessante Statistik über den Durst der Bitterfelder wird jetzt veröffentlicht. Danach werden in Bitterfeld monatlich 12 000 Hektoliter Bier konsumiert oder eine Million und 200 000 Liter! Auf jeden Bitterfelder, ob Kind, Mann oder Frau, entfallen monatlich fünf Liter oder 20 Glas Bier! Rechnet man nur ein Fünftel zu den Biertrinkern, dann kommen auf jede Nase monatlich schon 100 Glas und jährlich 1200 Glas Bier.

Aus dem Gerichtssaal.

Schöffengericht Halberstadt.

Sitzung vom 1. Juli.

Weil er den großen Hammer nicht nehmen wollte. Der Arbeiter K. war mit einigen anderen Arbeitern auf einer Chaussee mit Steineklopfen beschäftigt. Eines Tages forderte er einen seiner Kollegen auf, eine größeren Hammer zu nehmen, weil er mit seinen nicht genug schaffe. Der Kollege weigerte sich aber. Weger dieser lächerlichen Bagatelle geriet der Angeklagte so in Wut, daß er seinen Kollegen nach einigen Schimpfworten wie Faulpelz usw. zu Boden warf und dem am Boden liegenden mit dem Hammer einen schweren Schlag über den Kopf versetzte. Der Schlag war so heftig, daß der Getroffene besinnungslos und einige Wochen arbeitsunfähig wurde. Wegen schwerer Körperverletzung wurde er jetzt zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Es wurde ihm Strafaussetzung gewährt, wenn er dem Verletzten den erlittenen Schaden ersetzt.

Eine aristokratische Betrügerin. Trotzdem die Angeklagte Frau von B. das Adelsprädikat von vor ihrem Namen hat, hat sie doch ein recht ansehnliches Strafregister auf dem Kerbholz. Dadurch, daß sie nach dem Kriege einen belgischen Aristokraten geheiratet hat, hat sie die deutsche Staatsangehörigkeit verloren. Nachdem sie kaum die letzte Gefängnisstrafe verbüßt hatte, beging sie schon wieder neue Betrügereien. Zunächst fuhr sie zu einer Frau, die sie im Gefängnis kennen gelernt hatte. Hier lernte sie noch eine andere Frau und einen jungen Mann kennen. Jeder von diesen Dreien wurde angepumpt. Sie hatte sich natürlich als schwerreiche Frau ausgegeben und von mehreren Gütern usw. phantasiert. Sie wollte nach Berlin fahren, um von der Bank ein Guthaben abzuheben. Ihre Gastgeberin fuhr mit nach Berlin, wurde aber auf dem Bahnhof sitzen gelassen. Dann fuhr sie nach Dessau, um dort ebenfalls eine Bekanntschaft aus dem Gefängnis zu besuchen. Hier lieh sie sich ebenfalls, indem sie sich als reiche Frau aufspielte, einen größeren Betrag. Diesmal wollte sie einen Koffer einlösen. Außerdem hat sie der Frau noch einen größeren Betrag gestohlen. Ihren größten Coup machte sie jedoch in der Nähe von Nordhausen. Dort lernte sie einen Eisenbahner kennen, der erst vor kurzem Witwer geworden war. Dieser fand bald Gefallen an der netten und gebildeten Frau, sie hatte sich außerdem als Postsekretärswitwe ausgegeben, die eine große Wohnungseinrichtung und mehrere Bankguthaben habe. Zunächst wurde sie Wirtschafterin. Die Verlobung war bereits gefeiert, und man trug sich auch schon mit Heiratsgedanken. Doch die Freude dauerte nur ganze vierzehn Tage und das kam so. Der Eisenbahner hatte sich ein rundes Sümmchen von 800 M gespart, das für seine Kinder bestimmt war. Die Angeklagte machte ihm den Vorschlag, die 800 M zu verwirtschaften. In einigen Wochen wollte sie dann von Kassel von ihrer Bank ein Guthaben von 1000 M abheben. Nach vierzehn Tagen fuhr sie tatsächlich nach Kassel, leider vergaß sie das Wiederkommen. Der unglückliche Bräutigam bemerkte nun zu seinem Schrecken, daß er von den 800 M noch ganze 100 Emmchen im Besitz hatte. Doch auch damit noch nicht genug, war er durch seine Braut auch noch geschlechtskrank geworden. Von Nordhausen aus stattete sie nun Wernigerode einen Besuch ab. Dort mietete sie sich in einer Pension ein. Nachdem sie in den ersten Tagen alles reell bezahlt hatte, lud sie die halbe Pension ein, mit nach Berlin zu kommen. Wahrscheinlich wollte sie auch hier erst wieder einen großzügigen Pump anlegen. Durch ihre Festnahme wurde sie aber daran gehindert. Bei ihrer Festnahme gab sie einen falschen Namen an. Vor Gericht bestritt sie, jemanden betrogen zu haben. Die Leute hätten ihr das Geld von selbst gegeben. Alle Opfer, die sie heimgesucht hat, gehören den ärmsten Bevölkerungskreisen an. Das Gericht billigte ihr trotzalledem nochmals mildernde Umstände zu und erkannte auf 2 Jahre 9 Monate Gefängnis, eine Woche Haft und 5 Jahre Ehrverlust. Der Staatsanwalt hatte Zuchthaus beantragt.

Weil er seiner Frau einen Scheidungsgrund geben wollte, hatte der Angeklagte J. mit seiner Schwägerin und einem anderen Mädchen, beides Kinder unter 14 Jahren, unzüchtige Handlungen vorgenommen. Jedesmal, wenn er die unsauberen Handlungen an einem der Mädchen vornahm, standen das andere Mädchen und sein Schwager, ein 18jähriger Mensch, als Zuschauer dabei. J. wurde zu zwei Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurteilt.

Nachweben eines Ehescheidungsprozesses. Die Angeklagte Frau K. hatte sich lange Zeit hindurch, trotzdem sie es mit der ehelichen Treue nicht genau genommen hat, heftig gegen die Ehescheidungsklage, die von ihrem Mann erhoben war, gewehrt. Sie wußte aber genau, wenn der Mann, mit dem sie Ehebruch getrieben hatte, als Zeuge die Wahrheit sagte, daß ihre Ehe dann ohne weiteres geschieden würde. Bevor es dann zum Termin kam, versuchte sie darum im Gerichtsgebäude, den Zeugen zu beeinflussen, daß er seine Aussage nicht verweigern, aber auch nicht die Wahrheit sagen sollte. Der Zeuge, ein durch eine Kriegsbeschädigung willensschwach gewordener Mann, ließ sich auch dazu verleiten und sagte aus, daß er mit der Frau keinen Ehebruch getrieben habe. Glücklicherweise wurde er jedoch nicht vereidigt. Später stellte sich dann heraus, daß die beiden doch Ehebruch getrieben hatten, und so mußte sich nun die Frau gegen die schwere Anklage der Verleitung zum Meineid verantworten. Trotz ihres Streitens und trotzdem Fräulein Rechtsanwalt, die diese Angeklagte verteidigte, Freispruch beantragte, wurde die Angeklagte für schuldig befunden und zu der gesetzlichen Mindeststrafe von 1 Jahr Zuchthaus verurteilt. Eine harte Sühne.

Eine Jugendverierung. Ein blutjunger Mensch, kaum 18 Jahre alt, sitzt auf der Anklagebank. Sittlichkeitsverbrechen und Einbruchsdiebstahl sind ihm zur Last gelegt. Die Großmutter und die Mutter des jungen Menschen sind kurz hintereinander gestorben. Er bekam eine Stiefmutter. Eine Tante von ihm war die Pflegemutter einer Kriegerwaise, eines 12jährigen Mädels. Dieses Kind war trotz seiner Jugend schon sehr früh reif und verführte den Angeklagten zu allerhand unzüchtigen Handlungen. Als die Sache rauskam, entwendete der junge Mensch seiner Tante aus der verschlossenen Wohnung 25 M, um damit zu verschwinden. Er kam aber mit dem Gelde nicht weit und wurde festgenommen. Erschütternd war der Aufschrei des Angeklagten in der Verhandlung: „Wenn meine Mutter und meine Großmutter noch lebten, dann stünde ich nicht hier". Er gab ohne Umschweife alles zu. Selbst dem Vorsitzenden fiel es offensichtlich schwer, den Geständnissen zu verurteilen. Er wurde zu einer Mindeststrafe von 7 Monaten Gefängnis verurteilt. Das Gericht glaubte aber, daß er durch die erlittene Untersuchungshaft genug gestraft sei und gewährte für den Rest der Strafe Strafaussetzung. Der Angeklagte wollte aber zunächst durchaus vielleicht aus Furcht vor zu Hause, seine Strafe absitzen, bis er schließlich doch mit der Bewährungsfrist einverstanden war. Hoffentlich werden die Eltern dem Geständnis nicht die hilfreiche Hand versagen, damit der junge Mensch nicht mit Gewalt auf die Bahn des Verbrechens getrieben wird.

Kleine Chronik.

Explosion einer Feldküche. Als in Ratibor (Schlesien) ein Kriegerverein in der Nacht zum Sonntag einen Nachtmarsch unternehmen wollte und dazu eine Feldküche mitführte, in der Erbsensuppe zubereitet wurde, riß kurz vor dem Abmarsch der Dampf den Deckel weg. Der kochende Inhalt des Kessels ergoß sich über die umstehenden Kinder und Erwachsenen, wobei über 25 Personen schwere Verbrühungen erlitten. Acht Kinder wurden so schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten; drei von ihnen schweben in Lebensgefahr. Die Schuld soll den Koch, einen Gastwirt aus Ostrog treffen, der die Schrauben des Kessels fahrlässig gelockert hatte.

Das rettende Gummiboot.

Kommandeur Byrd bei Versuchsfahrten auf dem Gummiboot, dem er und seine Passagiere ihr Leben verdanken.

200 Meter von der französischen Festlandsküste entfernt, mußte der Kommandeur Byrd niedergehen. Byrd und seine Begleiter konnten sich an das mitgeführte Gummiboot anklammern und so das Ufer erreichen.

Verjüngung einer Operettensängerin. Eine der bekanntesten Künstlerinnen in Budapest, die Operettensängerin Palmai, verehelichte Gräfin Kinsky, hat sich vor kurzem bei dem Professor Ertel einer Verjüngungsoperation unterzogen. Seit Tagen gingen Gerüchte um von einem fabelhaften Erfolg der Operation. Am Sonntag zeigte sich die Künstlerin zum ersten Male wieder nach drei Wochen in der Oeffentlichkeit. Die Veränderung soll so stark gewesen sein, daß nur die nächsten Freunde und Bekannten in der jugendlichen Dame die gealterte Künstlerin von vorher wieder erkannten.

Schweres Schiffsunglück in Holländisch-Indien. Im Malaiischen Archipel kenterte ein großes Segelschiff aus Madura (Java), das hundert Personen an Bord hatte, unweit des Hafens von Soerabaja. Drei Marinefahrzeuge und ein Schiff, das sofort zur Hilfe eilte, konnten etwa 20 Personen retten, während die übrigen wahrscheinlich ertrunken sind.

Diplomatische Korrespondenz erbrochen. Das estländische Finanzministerium hatte dieser Tage die mit Londoner Banken abgeschlossenen Verträge über eine Anleihe durch die estländische Gesandtschaft zugesandt erhalten. An dem Briefumschlag befanden sich jedoch deutsche Anzeichen dafür, daß er unterwegs geöffnet worden war. In welchem Lande dies geschehen ist, steht noch nicht fest. Es soll nicht das erste Mal sein, daß amtliche Sendungen nach Estland erbrochen worden sind.

Todessturz im Leuna-Werk. Beim Bau eines Kesselhauses im Leuna-Werk bei Merseburg stürzten am Montag ein 42 Jahre alter und ein 20 Jahre alter Maler von einem 20 Meter hohen Gerüst ab und fanden den Tod. Bereits in der vergangenen Woche waren vom selben Gerüst zwei Arbeiter tödlich abgestürzt.

Schluß der Berliner Wochenend-Ausstellung. Nach 11 Wochen fand am Sonntag die große Berliner Ausstellung „Das Wochenende" durch ein großes Volksfest ihren Abschluß. Die Ausstellung ist von insgesamt 530 000 Personen besucht worden, was einem täglichen Besuch von 7000 Menschen entspricht. Dieser Erfolg, durch den auch die finanziellen Unkosten in Höhe von ¾ Million Mark aufgebracht werden, ist umso größer, als das außergewöhnlich schlechte Wetter die Ausstellung stark beeinträchtigte. Das wesentliche Material der Ausstellung soll zu einer Wanderausstellung zusammengestellt werden, mit der vom Herbst ab in den deutschen Groß- und Mittelstädten für den Besuch Berlins und seiner Umgebung geworben werden soll.

Ueberschwemmung in Sibirien. Gewaltige Regenfälle haben an der Transbaikalbahn riesigen Schaden angerichtet. Der Bahndamm wurde stellenweise fortgespült und viele Stationsgebäude bis auf die Grundmauern weggerissen.

Eine Frau als Lotteriesinsatz. Eine Episode, die kaum ihresgleichen haben dürfte, spielte sich in dem in der italienischen Provinz Cagliari gelegenen Flecken Borore kürzlich ab. Ein bildhübsches Mädchen wurde hier öffentlich ausgelost, um dem Streit um ihre Hand ein Ende zu machen. Es handelt sich um die 22jährige Catarina Pinna, eine geborene Italienerin, die über 15 Jahre bei ihrem Bruder in Amerika gelebt hat und jetzt nach der Heimat zurückgekehrt ist. Sie erregte sofort die lebhafte Bewunderung der jungen Männer des Orts und wurde besonders von zwei jungen Leuten umworben, die bald haßerfüllt Gegner wurden, so daß es beständig zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen ihnen kam. Das Mädchen, das keinem den Vorzug zu geben vermochte und des Skandals schließlich müde geworden war, ließ durch einen Verwandten erklären, daß sie die Entscheidung durch eine Lotterie herbeizuführen gewillt sei. Sie erbot sich als Einsatz und versprach, dem Gewinner die Hand zum Ehebund zu reichen, vorausgesetzt, daß dieser in guter Vermögenslage und nicht über 30 Jahre alt sei. Natürlich nahmen auch die beiden Konkurrenten an der Lotterie teil, aber das Schicksal entschied gegen sie. Der Gewinner war ein reicher Grundbesitzer namens Contini, der in diesen Tagen die erste Braut heiraten wird. —

Fischfischfische Heiligenstöler. Als kürzlich im Wallfahrtsorte Valsolga di Pine im Fleimstale eine Muttergottes-Statue durch Dynamit in die Luft gesprengt worden war, glaubte man, es handle sich nur um einen Einzelfall, um die Tat eines Heiligtumschänders. Nun wurde aber auch eine Christusfigur an der Bildsäule am Wege nach Valsolga durch eine Dynamitpatrone in die Luft gesprengt. Solche Missetaten sind Werke des Radikalismus innerhalb der Schwarzhemden-Partei. Auf dem Wege von Innsbruck nach Natters steht ein großes Kruzifix an der Straße, das eine ganze Serie von Schuß- und Stichwunden an verschiedenen Teilen der Figur zeigt; italienische Soldaten haben die Bäuerei begangen, als Nordtirol von den Entente-Truppen und Innsbruck im besonderen von den Italienern besetzt war.

Die älteste amerikanische Frauenrechtlerin. Vor einigen Tagen starb in London im Alter von 80 Jahren die Gattin des Bankiers Martin. Als junges Mädchen hatte Victoria Wood in ihrer amerikanischen Heimat in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts als erste Frau eine leidenschaftliche Propaganda für die Gleichberechtigung der Frau entfaltet, war mehrfach ins Gefängnis geworfen und von ihren immer zahlreicher werdenden Anhängerinnen wieder befreit worden. Jetzt ließ sie sich sogar von ihren Mitkämpferinnen als Präsidentschaftskandidatin aufstellen. Als sie dann später den streng konservativen Londoner Bankier Martin heiratete, wurde sie zur politischen Gesinnungsgenossin ihres Gatten, und so ist sie auch unter Verleugnung ihrer Vergangenheit als Anhängerin der konservativen Weltanschauung gestorben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270706-18/fragment/page=0007

Käte Kollwitz 60 Jahre alt.

Käthe Kollwitz.

Dem Biographen, der nach äußeren Ereignissen im Leben eines Künstlers forscht, geben die sechs Lebensjehrzehnte der Käte Kollwitz, die sich am 8. Juli runden, herzlich wenig. Käthe Schmidt, in Königsberg geboren, widmet sich schon mit 18 Jahren der Kunst, studiert in Berlin und München, wo sie nur bei dem früh verstorbenen Schweizer Radierer Stauffer-Bern wirklich etwas lernen konnte, läßt sich 1891 in Berlin nieder und verwandelt sich dort durch ihre Verheiratung mit einem Armenarzt mitten im Proletarierviertel im Norden der Stadt in eine Käthe Kollwitz. Dort lebt sie ganz still und unauffällig, räumlich wie geistig gleich weit entfernt von ihren Kollegen, die sich im Romanischen Cafe geräuschvolle Rendezvous zu geben pflegen und auch sonst überall dabei sein müssen. „Wie uninteressant!" dachten sich die Literaten, die für die Herrschaften vom Kurfürstendamm schreiben, und die Kunsthändler, die für sie ausstellen, und sahen darum an Käthe Kollwitz vorbei. Ein maßgebendes Buch wie die Woermann'sche Kunstgeschichte tut sie denn auch, als soziale Spezialität zusagen, mit ganzen zwei Zeilen ab. Der Bürger, der sich von einer bramarbasierenden Kraftnatur wie Max Klinger imponieren ließ, hatte für die Einsame und Bescheidene kein Interesse.

Noch heute ist das Bürgertum von der Vorstellung besessen, der Künstler müsse das Genie auch in seinem Leben und seinem Auftreten erweisen und recht faustdick auftragen. Das hat Heinrich Zille nicht getan und erst recht nicht Käte Kollwitz. Aber damit bewährten sie nur jenen höheren Begriff vom Künstertum, der sich mit der „Werkgesinnung" deckt, zugleich mit dem völligen Aufgehen in der Klasse, das für unsere Arbeiterdichter Selbstverständlichkeit ist. Die Kollwitz will sich durch nichts von ihren proletarischen Schwestern unterscheiden. In den ersten Jahren ihrer Mutterschaft hat sie, die es mit der Kunst ernster nahm als irgendeiner ihrer Zunftgenossen, den Beruf in die Ecke gestellt. Da galt ihr der menschliche Beruf höher; das Allgemeinschicksal des Weibes wuchs über ihre künstlerische Sonderbegabung hinaus.

Aber gerade dieser Zug der Mütterlichkeit ist das beste Erbteil ihrer Kunst. Man hat an ihr so wenig wie an Heinrich Zille auf die Dauer vorbeigehen können. Das offizielle Deutschland wird sich an ihrem 60. Geburtstag vor ihrer gewaltigen Schöpferkraft, die sich stets treu geblieben und nicht in die expressionistischen Zaubergärten abgeirrt ist, in Ehrfurcht verneigen. Aber es wird nicht den ungeheuren Abstand erkennen, der diese elementare, volksverbundene Kunst von der längst entwurzelten bürgerlichen, der individualistischen, trennt. Nicht allein die Idee der Masse steckt in ihr, — sie wird auch gespeist von den ungeheuren Kräften, die im modernen Proletariat aufgespeichert sind. H.

Julius Elias, der bekannte Kunst- und Literaturhistoriker, ist in Berlin an den Folgen einer Operation im 66. Lebensjahre gestorben. Elias gehörte vor einem Menschenalter zu den temperamentvollsten und kenntnisreichsten Vorkämpfern des damals modernen Naturalismus. Er war in München in persönlichen Verkehr mit Ibsen getreten, dessen Werke er zusammen mit Paul Schlenther und Georg Brandes in deutscher Sprache veröffentlichte. Daneben bemühte er sich mit Erfolg um die Anerkennung der impressionistischen Malerei, die er in Paris zu einer Zeit kennengelernt hatte, als man in Deutschland noch nicht viel von ihr wußte und nichts von ihr wissen wollte. Mit Max Liebermann und Otto Brahm verband ihn eine intime Freundschaft. Obwohl ursprünglich im Naturalismus wurzelnd, hat Elias auch für die allerjüngsten Strömungen, namentlich in der deutschen dramatischen Literatur, Herz und Verständnis gehabt.

Erstes deutsches „Nachttheater". In Berlin ist ein erstes „Theater für unbekannte Autoren" im Entstehen begriffen, das Unternehmen des Berliner Dramaturgen Steffens, der seine neue Bühne am 15. August eröffnen wird. Dieses Theater will grundsätzlich nur unbekannte Autoren spielen. Es unterscheidet sich von den in den letzten Jahren in Berlin und in einigen Städten des Reiches entstandenen „Jungen Bühnen" dadurch, daß es die Produktion der jungen Dichter direkt an das große Publikum heranzutragen gedenkt und nicht, wie die Jungen Bühnen, in Form von Matineeveranstaltungen allein für den eng begrenzten Kreis literarisch interessierter Leute spielen wird. Das „Nachttheater", so heißt die neue Bühne, wird jede Woche eine Uraufführung herausbringen. Es wird immer nachts spielen, nach 11 Uhr, da seinen Mitgliedern, denen zunächst nur mäßige Gagen gezahlt werden können, die Möglichkeit gegeben werden soll, zu gleicher Zeit auch an anderen Berliner Theatern aufzutreten. Auch hierin, in seiner Eigenschaft als „Nachttheater", nicht allein in bezug auf seine ideellen Ziele, wird dieses neue Theater ein Novum darstellen.

Eleonora Duses Tagebuch. Die vor drei Jahren im Alter von 65 Jahren in Amerika verstorbene große italienische Tragödin hat ein durch etwa dreißig Jahre geführtes Tagebuch hinterlassen. Das Tagebuch soll im kommenden Winter zugleich in italienischer und deutscher Sprache veröffentlicht werden.

Die Berufe der Theater-Abonnenten. Die Abonnementsverwaltung der Direktionen Max Reinhardt, Viktor Barnowsky und Eugen Robert in Berlin hat folgende Statistik über die Berufe der bei ihr eingetragenen Theaterbesucher ausgearbeitet. (Das Ergebnis ist nicht als mathematisch genau anzunehmen, da viele Abonnenten, besonders die weiblichen, keinen Beruf angegeben haben.) Selbständige Kaufleute 8850 (Direktoren 2700, Geschäftsinhaber 5400, Fabrikanten 1050), Beamte 3200, Juristen (Rechtsanwälte, Landgerichtsräte, Staatsanwälte, Amtsgerichtsräte, Referendare, Assessoren) 1950, Lehrer 1200, Aerzte 1100, Ingenieure und Architekten 1050, Angestellte Kaufleute 735, Studenten und Schüler 700, Apotheker 410, Bankiers und Börsenmakler 190, Professoren, Studienräte und Pädagogen 170, Offiziere 78, Dentisten 73, Geistliche 63, Bäckermeister 42, Juweliere 42, Rittergutsbesitzer 21, Direktricen 21. Außerdem sind noch folgende Berufe vertreten: Geheimräte, Forsträte, Gelehrte, Bürgermeister, Komponisten, freie Schriftsteller, Gerichtsvollzieher, Photographen, Baumeister, Reichstagsabgeordnete, Landtagsabgeordnete, Verleger, Schneidermeister, Kunsttischler.

Friede seiner Asche! Vor einiger Zeit starb ein wohlhabender Engländer in Brüssel. Sein Testament verlangte, daß die Leiche verbrannt würde. Da Feuerbestattung in Belgien verboten ist, wurde der Tote nach der holländischen Stadt Belsen gebracht und dort verbrannt. Dabei erschien eine weinende Frau, ließ sich die Asche ihres toten Gatten aushändigen und reiste damit nach Deutschland. Zwei Tage später erschien im Krematorium eine andere Frau, die zwar weniger weinte, sich dafür aber als die rechtmäßige, aus England stammende Gattin des Verstorbenen legitimierte. Die andere war die Geliebte gewesen. Es wird voraussichtlich einen Prozeß geben, in dem belgisches, holländisches, englisches und deutsches Recht berücksichtigt werden müssen. Dabei sind die Rechtsansprüche auf die Asche eines Toten ohnehin wenig geklärt. Man kann sich also auf eine Serie von Doktorarbeiten gefaßt machen.

Die Hausbibliothek der Frau Grosavescu. Ein Wiener Journalist hat die kleine Hausbibliothek der freigesprochenen Frau Grosavescu besichtigt, die bis zur Stunde unberührt blieb. Er berichtet: Die kleine Bibliothek besteht außer einem Chesterton-Buch aus folgenden Büchern, die fast ausschließlich der Detektivroman-Literatur angehören: Ernst Wichert: Der Wilddieb, Hermann Dreßler: Das Haus im Sumpf, Conan Doyle: Abenteuer des Dr. Holmes, Mathias Blank: Das Geheimfach des Kommerzienrats, Viktor Helling: Droschke Nr. 90, Devre Richter Frich: Die geballten Fäuste, Ernst Woop: Zwischen Weiß und Geld, M. Leblanc: Das geheimnisvolle Auge, A. Fielding: Der Fall Erskine, Till Marks: Abenteuer zwischen 8 und halb 9 Uhr, Till Marks: Der Herr über Leben und Tod, Nils Ullmers: Die Herzogin von Choiseul-Praslin. — Diese Bände sprechen Bände.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

An alle Ortsgruppen des Kreises Halberstadt.

Am Sonntag, den 31. Juli, findet in Hornburg die Weihe der Fahne der Ortsgruppe Hornburg statt. Allen Ortsgruppen des Kreises Halberstadt wird es schon jetzt zur Pflicht gemacht, sich diesen Tag frei zu halten, um möglichst geschlossen in Hornburg anzutreten.

„Frei Heil!"

Der Kreisleiter. R. Köchig.

Halberstadt. Zu dem am 11. Juli nachmittags stattfindenden Kinderfest ist es erwünscht, daß zu dem Umzug der Kinder möglichst viele Festwagen, Ziegenbockgespanne, Märchengruppen von Kindern dargestellt usw. gestellt werden.

Kameraden! Sorgt dafür, daß unsere auswärtigen Gäste gute Quartiere bekommen. Die Ortsgruppe Halberstadt steht in dem Rufe, sehr gastfrei zu sein und dies wollen wir aufs Neue beweisen. Wer also irgend kann, melde seinen Bezirks- oder Kameradschaftsführer Freiquartiere an. Heute abend Sitzung des Festausschusses im Gewerkschaftshaus. Die Vorsitzenden der Arbeiter-Wohlfahrt, der Arbeiter-Samariter, der Kinderfreunde, der Arbeiter-Jugend und der Naturfreunde sind hierzu freundlichst eingeladen.

Wehrstedt. Heute abend 8 Uhr Uebung des Spielerkorps. Treffpunkt: Rote Föhr.

Briefe an das Tageblatt.

Der Wartesaal auf Bahnhof Seesen.

Recht eigenartige Gepflogenheiten scheinen auf Bahnhof „Seesen" zu herrschen, Zustände, die durchaus nicht im Interesse des reisenden Publikums liegen und sicher nicht von der Reichseisenbahndirektion Magdeburg gebilligt werden, wenn sie davon Kenntnis erhält. Auch ist nicht anzunehmen, daß der dortige Vorsteher davon weiß, er hätte seine vorgesetzte Dienstbehörde bestimmt schon davon in Kenntnis gesetzt. — Kommt da also am 27. Juni dieses Jahres mit dem Zuge 360 ein Reisender 2,30 Uhr in Seesen an und hat, um mit dem Zuge 539 nach Goslar zu fahren bis 4,35 Uhr Aufenthalt. Die Nacht ist noch recht kühl, und der Reisende will sich im Wartesaal 1. und 2. Klasse, welch eine wunderbare Einrichtung, die Kälte mittels eines warmen Getränkes aus seinen Gliedern treiben. Mit ihm betritt noch ein Herr den Wartesaal und verlangt Zigaretten, die verabfolgt werden. Da auch er anscheinend fremd ist, wird ihm bedeutet, daß der Wartesaal geschlossen wird. Der Reisende hat sein Gepäck niedergesetzt und will sich eben aus der lieblich summenden Kaffeemaschine einen erwärmenden Trank bestellen, als ihm der Wirt, ohne nach seinen Wünschen zu fragen, erklärt: „Der Wartesaal wird geschlossen. Sie können sich hier nebenan, erste Tür rechts, aufhalten". Mit gemischten Gefühlen verläßt also der Reisende die ungastliche Stätte, um sich nebenan in dem spärlich erleuchteten Raum, eine Gaslampe brannte, am Schnarchen zweier Schläfer zu ergötzen. Das hätte sich ja alles noch ertragen lassen, denn der Wirt muß ja auch seine Ruhe haben und kann wegen eines Einzelnen nicht die ganze Nacht aufbleiben. Nun aber kommt das große „Aber" und das ist der Uebelstand, der unbedingt beseitigt werden muß. Nach eingeholten Informationen muß der Wirt noch eine halbe Stunde nach Abfahrt des letzten Zuges den Wartesaal offen halten. Er hat das auch getan, sogar noch länger bis 3,20 Uhr, aber nicht für Reisende, sondern für Gäste, die anfangs in einem Nebenzimmer und später auch im Wartesaal Wein tranken. Der Reisende konnte das vom Nebenraum sehr gut sehen. Verschiedene Bemerkungen, wie „an der Tür guckt jemand" und „steht an der Tür?", „den schmeißen wir raus", deuten darauf hin, daß er von den Feiernden bemerkt wurde. Daraus ist zu schließen, daß man unter sich sein wollte. Jetzt ist auch das Verhalten des Wirtes verständlich, der seinen Gästen die vielleicht unangenehme Gegenwart eines Fremden ersparen wollte. — Die Eisenbahnverwaltung ist bestrebt, den Aufenthalt in ihren Einrichtungen so angenehm wie möglich zu machen, und der Herr Wirt in Seesen machts umgekehrt. Was sagt die Direktion dazu? Im Sinne des reisenden Publikums ist wohl zu hoffen, daß diesen Zuständen umgehend ein Ende bereitet wird denn was sich am 27. 6. ereignete, kann sich alle Tage wiederholen. — F.

Briefkasten.

J. H. Deersheim. Den Jakob können Sie bei uns bestellen. Es genügt eine einfache Karte an den Verlag und die Zeitschrift geht Ihnen dann pünktlich zu.

Sport.

Arbeiter-Radfahrer-Verein Halberstadt. Morgen Mittwoch abend findet eine Abendausfahrt statt. Treffpunkt 1/2 8 Uhr auf dem Anger. Um rege Beteiligung wird gebeten.

Veranstaltungen.

Musikalische Feierstunde. Programm zur letzten, unentgeltlich gebotenen musikalischen Feierstunde vor den großen Ferien, am Mittwoch, abends 8 Uhr, im Dom. Zwei ernste Orgelstücke von Mozart und Mendelssohn. Arie (aus „Paulus") für eine Sopranstimme „Jerusalem, die du tötest". Orgel-Präludium (g-dur) S. Bach. „Die Allmacht" (geistl. Lied für eine Sopranstimme und O.) von Franz Schubert. Moderne Orgelfuge von Rheinberger. Gemeinsamer Gesangvers „Wer nur den lieben Gott läßt walten".

Rundfunk-Programme
der hauptsächlichsten deutschen Sender. — —

Mittwoch, den 6. Juli.

Berlin. 20.30 „Wer weint um Juckenack?", Tragikomödie von Rehfisch, 22.30—23.30 „Minne und Ritterzeit" (Konzert).

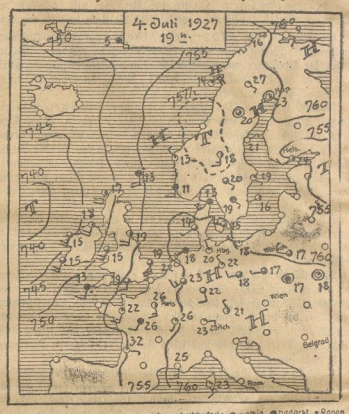
Königswusterhausen. Uebertragung von Berlin.

Leipzig. 20.15 „Schützenfest in einer kleinen Stadt", volkstümlicher Schwank in 3 Hörbildern, von Kärgel.

Hamburg. 20 „Der Wettlauf mit dem Schatten". Darauf Uebertragung aus Cafe Wallhof.

Langenberg. 20.40 Köln: Opernabend.

Amtliche Wetternachrichten.



ERKLÄRUNG: ○ wolkenlos, ◔ heiter, ◑ halbbedeckt, ● wolkig, ● bedeckt, • Regen, * Schnee, ∞ Dunst, ≈ Nebel, K Gewitter, △ Graupeln, ▲ Hagel, ◎ Stille, — sehr leicht, — leicht, — schwach, — mäßig, — frisch, — stark, — Sturm, — sehr stark, — orkanartiger Sturm. Die Pfeile fliegen mit dem Winde. Die eingezeichneten Linien (Isobaren) verbinden die Orte mit gleichem Luftdruck. Die neben den Orten stehenden Zahlen geben die Lufttemperatur an.

Amtliche Wetternachrichten der Wetterdienststelle Magdeburg.

(Nachdruck verboten.)

Voraussichtliche Witterung bis 6. Juli abends:

Das Tiefdruckgebiet im Westen dringt nur langsam gegen den Kontinent vor, der unter dem Schutze eines Hochdruckgebietes liegt, das seine höchsten Barometerstände am Main aufweist. Die Isobaren verlaufen über England und Frankreich fast süd-nördlich, so daß dort ein lebhafter Zustrom sehr warmer Südluft eingesetzt hat, der an der französischen Westküste noch in den Abendstunden Temperaturen von mehr als 30 Grad mit sich bringt. Die Ausdehnung dieses südlichen Warmluftstromes auf Mitteleuropa steht unmittelbar bevor. Wir haben also eine beträchtliche Temperatursteigerung zu erwarten, die zunächst auch nicht durch aufkommende Gewitterneigung unterbrochen wird.

Aussichten: Bei weiterer Erwärmung heiter bis auf Gewitterneigung.

„Volkssport"

Montag-Morgenzeitung für die Provinz Sachsen, die Länder Braunschweig und Anhalt.

Die Zeitung der Arbeiter-Sportler

Der „Volkssport" wird Montags früh in allen größeren Orten des Verbreitungsgebiets zu haben sein.
Ausführliche Berichte über alle Ereignisse in der Welt des Arbeitersports.

Aktuelle allgemeine Nachrichten vom Sonnabend und Sonntag

Bezugspreis vierteljährl. 1.80 M. zuzüglich des Bestellgeldes
Preis der Einzelnummer 15 Pfg.

Bezug durch die Post und durch die Sportvereine.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270706-18/fragment/page=0008

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode.

Bezugspreis halbmonatlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 0,90 Mark. Erscheint wöchentlich sechsmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten u. Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2114. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, G. m. b. H. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft Artur Molkenbuhr, für den übrigen Teil: Richard Matthaeus, für Reklame u. Inserate Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gewähr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2113), Postscheckkonto Magdeburg 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald), Wernigerode, Burgstraße 9.

Nr. 155. Mittwoch, 6. Juli 1927. 2. Jahrgang.

Das Volk soll bluten.

Die neuen Zollvorlagen der Bürgerblock-Regierung vor dem Reichstage.

Die Deutschnationalen wollen sich nicht umsonst blamiert haben. Für ihre Zustimmung zu den Dawes-Verträgen, zu Locarno, zur Verständigungspolitik, zur Vernichtung der Ostfestungen, für die dauernde Selbstverlängerung aller nationalen Belange wollen sie für ihre maßgebenden Führer, den Stand der großen Landwirte, auch etwas herausholen. Etwas, was so gut ist wie bares Geld: Zölle auf die Ernährung des Volkes. Um den Betrag dieser Zölle können sie dann die Preise der erzeugten Lebensmittel erhöhen. Jede Mark, welche der Arbeiter, der kleine Beamte, der Kriegsbeschädigte u. Erwerbslose für Kartoffeln, sein Pfund Fleisch, sein Mehl durch die Zölle mehr bezahlen muß, kommt den Großlandwirten wieder zugute. Viele Wenige machen ein Viel. Und die Hausfrau merkt noch nicht einmal, daß sie mit jeder Kartoffel und mit jedem Happen Fleisch, den Rittern Ostelbiens und der Altmark ihren Tribut zahlt.

Die Bürgerblock-Regierung ist vor allen Dingen der Meinung, daß

die Kartoffeln zu billig

sind und daß es im nationalen Interesse der Arbeiter liege, diesem Mangel abzuhelfen und die Kartoffeln zu versteuern. Der Landwirtschaftsminister des Bürgerblocks, Herr Schiele, hat diese Ansicht ernsthaft ausgesprochen. Die Zölle seien viel zu niedrig.

Dabei hat der Reichsfinanzminister Köhler zu Beginn der gestrigen Reichstagssitzung zum Ausdruck gebracht, daß ihm das Anwachsen der Einnahmen aus den Zöllen Sorge bereite. Sind sie doch von 590 Millionen im Jahre 1925 auf 940 Millionen im Jahre 1926 gestiegen. Nicht nur aus fiskalischen Gründen sei diese Steigerung bedenklich, sie belaste auch die breite Masse der Bevölkerung, die daneben noch an den indirekten Abgaben zu leiden hätte.

Und doch brachte es zwei Minuten später der Reichsernährungsminister fertig, über den Mangel an Zöllen zu klagen. „Mannigfaltigkeit der Meinungen", nennt es Martin Schiele, der Beauftragte des Reichslandbundes.

*

Schieles sonderbare Begründung.

Reichsernährungsminister Schiele

erklärt, daß jetzt ein Versäumnis an der Landwirtschaft gutzumachen sei und zwar gerade im Einverständnis mit den Beschlüssen der Wirtschaftskonferenz (Lachen links). Zwischen den Zöllen auf landwirtschaftliche und auch industrielle Erzeugnisse müsse eine Parität hergestellt werden und diesem Zwecke diene die Vorlage. Die Verminderung der Kaufkraft der Industrienot und der Arbeitslosigkeit in Europa sei die Disparität zwischen landwirtschaftlicher und industrieller Produktion zu erblicken. Der Landwirtschaft müsse eine angemessene Lebenshaltung gesichert werden; das sei bisher nicht geschehen. Der Abbau der Zollmauern zwischen den Völkern sei eine Angelegenheit des Welthandels, der Zollschutz für die Landwirtschaft aber sei eine innere Angelegenheit der einzelnen Länder. Die deutsche Landwirtschaft wolle nicht im Gegensatz zur deutschen Industrie geraten, wo er bestehe, wolle sie auf dessen Beseitigung hinarbeiten. Die eigentliche Krankheit Europas liege in der Industrialisierung der anderen Länder und dem Rückgang der industriellen Ausfuhr Europas. Besonders Amerika brauche die europäischen Industrieerzeugnisse nicht mehr so wie vor dem Kriege. Um den kleiner gewordenen Weltmarkt müsse ein erbitterter Kampf geführt werden, daher müsse jedes Land, vor allem Deutschland, den inneren Markt mehr als bisher stärken.

Wir brauchen Schutzzölle

auf solche Waren, die im Auslande mit geringeren Kosten als bisher hergestellt werden können. Deutschland sei am stärkste daran interessiert, daß die gegen sie gerichteten Zollmauern abgebaut werden, aber bei der starken Belastung, die auf der deutschen Wirtschaft liege, sei es unmöglich, daß Deutschland mit dem Zollabbau vorangehe. Auch vom Standpunkt des Verbrauchers bedeute ein gleichmäßiger Zollschutz keine Belastung, im Gegenteil, er

zur Verbilligung der Produktion bei.

(Lachen links). Die jetzige Einfuhr von Lebensmitteln, im Jahre 1926 drei Milliarden, bedeute eine unerträgliche Belastung der deutschen Wirtschaft (Abg. Hilferding: Curtius ist anderer Meinung!). Selbst wenn der Minister Curtius anderer Meinung darüber sein sollte, so bedeutet das doch nichts, wir wollen in der Regierung keine Uniformität, sondern eine

Mannigfaltigkeit der Meinungen.

(Stürmische Heiterkeit links). Die Zölle hätten die Eigenschaft, daß das Ausland sie mittragen müsse. Das treffe wesentlich bei den Fleischzöllen zu, aber ebenso beim Zuckerzoll. Auch der Kartoffelzoll werde zum größten Teil

nicht vom deutschen Verbraucher getragen.

(Zuruf von den Sozialdemokraten: Unerhört!). Die Zolleinnahmen seien umso geringer, je besser die Ernte ausfalle. Es sollen jetzt vor allem die Erzeugnisse besser geschützt werden, die aus der bäuerlichen Wirtschaft hervorgehen. Damit werde der Zoll zu einem wirksamen Bauern- und Landarbeiterschutz, der auch zu einer Verbilligung der Produkte führen werde. (Widerspruch links).

Von einer Bedrohung der Ernährung könne keine Rede sein.

(Mehrere kommunistische Abgeordnete werden zur Ordnung gerufen, weil sie dem Minister Schimpfworte zurufen). Es werde möglich sein, die landwirtschaftliche Bevölkerung auf dem Lande festzuhalten und ihr Abströmen nach den Städten zu unterbinden. Die Hebung der landwirtschaftlichen Produktivkraft durch Zollschutz sei nicht allein eine Frage der Sicherung der Preise, sondern auch eine sozialpolitische und bevölkerungspolitische Frage.

Abg. Hilferding (Soz.)

stellt fest, daß die Ausführungen des Ministers Schiele im schärfsten Widerspruch zu den Beschlüssen der Reichswirtschaftskonferenz in Genf und zu der Rede des Reichswirtschaftsministers Curtius in Hamburg gestanden haben. Auch der Reichsrat hat gegen die Zollpläne der Regierung Stellung genommen und Sie können doch nicht behaupten, daß diese Körperschaft in landwirtschaftlichen Dingen nicht mitreden könne. Vor dem Kriege hat nicht einmal der damalige Obrigkeitsstaat die Zumutung an das Volk gestellt,

die Kartoffeln durch Zölle zu verteuern,

denn dieser Zoll ist ganz sinnlos. Bei einer guten Kartoffelernte nützt der Kartoffelzoll überhaupt nichts. Umso mehr wirkt er aber bei einer schlechten Ernte, also gerade dann, wenn die Preise ohnehin in die Höhe gehen. Im vorigen Jahr hatten wir eine schlechte Kartoffelernte, infolgedessen stieg der Preis für Kartoffeln im Großhandel auf 5.45 Mark der Zentner, gegenüber 2.40 Mark im Jahre 1913, also um 126 Prozent. Während im letzten Vorkriegsjahr 1913 im Einzelhandel das Pfund Kartoffeln 3 Pfg. kostete, kostet es jetzt 8½ Pfennig, er ist also um 180 Prozent gestiegen.

Und gerade in dieser Zeit der höchsten Kartoffelnot bringt die Regierung ihre Vorlage auf Erhöhung des Kartoffelzolls ein.

(Hört! Hört! links.) Nun sagt die Regierung, daß dieser Satz erst am 1. Dezember in Kraft treten soll. Warum wird wohl dieser Zeitpunkt ausgewählt?

Weil er für den Zollkrieg mit Polen aufrecht erhalten bleiben soll.

Jetzt werden nicht nur Steuern, sondern auch Zölle theaurisiert. Die Deutschnationalen wollen sich Zölle auf Vorrat auch auf die Zeit bewilligen lassen, wo sie vielleicht nicht mehr in der Regierung sitzen. Die Deutschnationalen sind ja mit ihren Preisen herabgegangen. Fü. die Aufg.be der deutschnationalen Prinzipien bei der Verabschiedung der Dawesgesetze im Jahre 1925 mußte man noch sehr viel zaö'ra, allgemein: Zollerhöhungen, grundsätzliche Aenderung der gesamten Handelspolitik. Heute sind die Deutschnationalen schon sehr viel billiger geworden,

sie verlangen nur Kartoffel- und Fleischzölle.

Das ist aber der einzige Preisabbau, den man bisher in Deutschland erlebt hat. Wir jedoch möchten für den deutschnationalen Nonvaleur überhaupt nicht zahlen. (Heiterkeit und Zustimmung links.) Jetzt hat der Reichsrat dieser Vorlage abgelehnt. Nach

...ge einer der größten ... Eine schöne Man- ... dieser Regierung ge-

... Aber seitdem hat ... r im Jahre 1913 mit ... i auf 15.60. Das be- ... ider um 70 Prozent. ... am 20. Juni dagegen ... ung um 80 Prozent. ... eigende Zuckerpreise, ... s aus. Das Kartell ... tsland gebracht wird, ... Preise aus. Jede Er- ... ente für das Zucker- ... n die Zuckerfabriken, ... sie weniger verarbei- ... ächtig sein, eine Stei- ... durch die Senkung ... rauch ist noch einer ... im Zuckerverbrauch ... nd verbrauchen noch ... ngland und Amerika ... Schweden und die ... Vorlage enthaltene

...erzollerhöhung.

... an den Karren an-
spannen! Diese geringfügige Ermäßigung der Zuckersteuer ist doch schon längst kompensiert durch die in der letzten Zeit eingetretene Erhöhung der Branntweinabgabe und anderer indirekter Steuern, die allein in den Monaten Mai und Juni d. Js. einen Mehrertrag von 64 Millionen erbracht haben. (Hört! Hört! links.)

Auch die Zollerträgnisse sind ja, wie der Reichsfinanzminister heute selbst erklärt hat, wesentlich gesteigert worden. Angesichts dieser Massenbelastung ist es eine Frivolität, daß man kürzlich auch noch den Mehlzoll erhöht hat, in dem man das französische Zollprovisorium ablaufen ließ.

Wir haben jetzt den höchsten Brotpreis, den wir je erlebt haben.

Es ist ungeheuerlich, in einem solchen Moment noch die Mehlzollerhöhung Platz greifen zu lassen. Auch die

Erhöhung des Schweinefleischzolles

ist untragbar. Die Preise für Schweinefleisch sind zurzeit zum Teil nicht sehr hoch. Aber wir hatten auch schon vor dem Kriege die Erscheinung, daß mit dem Anwachsen des Schweinebestandes der Absatz nicht gleichen Stand hielt und die Preise fielen. Mit dem Zoll hat das aber nichts zu tun. Wenn der Bestand an Schweinen zurückgeht, dann werden auch wieder die Preise steigen, die Zölle auf Schweinefleisch werden dann die damit verbundene Teuerung noch außerordentlich verstärken. Hilfe ist für den bäuerlichen Schweinezüchter notwendig, aber sie wird nicht erzielt durch Erhöhung der Zölle. Wenn Sie (nach rechts) die bäuerlichen Kleinbetriebe unterstützen wollen, müssen Sie ihnen die Aufzucht und Mast

durch Verbilligung der Futtermittel erleichtern.

Wenn der Gerstenzoll beseitigt ist, dann ist erst ein dauernder Vorteil für den Schweinezüchter gegeben. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Es ist ganz klar, daß es sich hier darum handelt, den Großagrariern Konzessionen zu machen. Durch Zollerhöhungen werden die Preise für landwirtschaftliche Grundstücke weiter hochgetrieben und damit erschweren Sie (nach rechts) die Siedlung. Wie ernst es der preußischen Regierung mit dieser Siedlung ist, beweist ja erst jetzt wieder die Ernennung unseres Parteigenossen Krüger zum Staatssekretär im Preußischen Landwirtschaftsministerium. (Beifall bei den Soz.). Es handelt sich bei den Zöllen gar nicht um die Siedlung, sondern

um die Verteuerung des Grund und Bodens.

Darum muß es umso schwerer sein, dieser Vorlage zuzustimmen.

Es handelt sich aber hier auch nicht allein um die innenpolitischen, sondern ebenso sehr um die

außenpolitische Wirkung der Zollerhöhungen.

Der frühere englische Handelsminister Runziman hat auf der Weltwirtschaftskonferenz gesagt, wenn die einzelnen Staaten ihre Zölle erhöhen würden, so würden sie dafür

die Verurteilung der Welt

in Kauf nehmen. Damit ist die Antwort auf die heutige Rede des Herrn Schiele schon vorweg gegeben worden. Herrn Schieles Haltung ist ja überhaupt sehr merkwürdig. Stresemann hat genau das Gegenteil von dem, was Herr Schiele sagte, als Politik Deutschlands verkündet, Herr Curtius hat ausdrücklich nochmals proklamiert, daß der Augenblick gekommen sei, wo sich die Staaten über die Zollpolitik vereinigen müßten. Vor zwei Jahren wurde uns gesagt, daß die Zollvorlage nur von kurzer Dauer sein solle. Diese zwei Jahre sind vorbei, aber die angekündigte endgültige Zollvorlage ist noch immer nicht gekommen. Inzwischen wurden aber noch keine Verhandlungen mit Frankreich zustande gebracht, mit Polen befinden wir uns im Zollkrieg, mit Canada ist auch noch kein Vertrag, der die Vorbedingung für eine Verständigung mit Australien und Afrika ist, zustandegekommen. Statt dessen kommt diese Zollvorlage, die für das Inland unerträglich ist, im Auslande aber die deutsche Regierung und das deutsche Wort diskreditieren muß.

Wir können diese Vorlage nicht annehmen.

Selbst vom Standpunkt der Agrarier und Schutzzölle hätte man mit ihr noch warten können. Wir werden die entsprechenden Anträge im Ausschuß stellen und sie mit umso größerer Selbstsicherheit vertreten können, weil dieser Reichstag gar nicht das Mandat hat, über Zollvorlagen zu beschließen.

Fragen Sie doch die Wähler darüber, aber dazu fehlt Ihnen der Mut!

Wenn die Herren von der äußersten Linken Obstruktion treiben wollen, so sollten sie doch bedenken, daß, wenn kein Beschluß zustande kommt, der noch höhere autonome Zolltarif in Kraft tritt.

Dieser Reichstag ist veraltet.

Wenn Sie uns nicht glauben, dann fragen Sie die Wähler und deren Antwort würde für Sie (nach rechts) vernichtend, aber ein glänzendes Vertrauensvotum für die Sozialdemokratie sein. (Lebhafter Beifall bei den Soz.).

*

Kommunistisches Gegeneinanderreden.

Abg. Hoernle (Komm.) bezeichnet die Rede des Ministers Schiele als ein Gemisch von Unwissenheit in volkswirtschaftlichen Dingen und Verdrehung der Tatsachen. Seine Behauptung, die Zölle würden zur Verbilligung der Preise führen, sei ganz unsinnig und widerspreche auch der Begründung, die Herr Schiele seinen Zollforderungen in Landbundversammlungen gibt. Es sei eine unerhörte Irreführung der öffentlichen Meinung, wenn der Minister behaupte, die Zollerhöhungen würden den Kleinbauern oder gar den Landarbeitern eine Vorteil bringen. Der Kampf der Sozialdemokraten gegen die Zollerhöhungen sei nicht ernst zu nehmen. Dr. Hilferding habe

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270706-18/fragment/page=0009